

Wirtschaftsförderung
findet die her-
ausgegebene Zeitung
seit der Tiefpunkt
der Wirtschafts-
krise besonders
wichtig.

Großes
auf einen
eine Wohn-
landwirt-
schaft auch eine
ne eines
ne eines
sich darauf
schüren.
gewor-

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtsheim, Ammelsdorf, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannsdorf, Fischbach, Groß- und Kleinleuba, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pörschen, Stauditz, Threna usw.)
Dieses Blatt ist amliches Organ des Stadtrates zu Naunhof; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Geheimer wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr
Bezugspreis: Monatlich ohne Auslagen 1.50 Mk., Post ohne Belehrung monatlich
1.50 Mk. Im Falle höherer Auslagen, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des
Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rück-
zahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Säulenzeitung 20 Pf., amtliche 50 Pf., Reklamezeitung
(Säule) 50 Pf., Tafel, Soh 50% Aufschlag. Bei unbedeutlich geschriebenen,
sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Zeiträume nicht
haftbar.

Druck und Verlag: Günter & Giese, Naunhof bei Leipzig, Markt 3

Heraus: Amt Naunhof Nr. 2

Februar 1928

er Anregun-
er 8 Prozen-
tumgewandelt
nderen Wer-
n. Weihen-
Kommunen
zent höher
Brauereien.

sich die an-
Schubert u.
se sogar 24
tzt an. Im
Seiten
dendenz war

a. 229—237,
sandrogan;
280, rubia;
226, rubia;
7—240, fest;
hig.
darunter 74
Röber, 694
schlecht, bei
m. Preise:
Zullen a) 55
7—51, b) 35
b) 45—54;
c) 60—63;
c) 59—60,

III folgendes beraten und beschlossen worden.
1. Beschlussvorstoss wurde 3 Baugelände, darunter ein Baugelände wegen der 4 in Aussicht genommene Doppelbauten der Stadtgemeinde an der Wurzener Straße (Mietshausbildung).
2. Vom Untersuchungsergebnis des Leitungswassers nahm man Kenntnis; das Wasser war einwandfrei.
3. Die Stadtbauentwicklungen auf die Jahre 1924 und 1925 wurden richtig gesprochen.

4. Von der Rendierung für die Unfallversicherung beim Gemeindeversicherungsverband zu Leipzig nahm man Kenntnis.
5. Die Übertragung des Postvertragsdienstes der Firma Julius Neumann wegen eines Feldgrundstückes an Herrn Werner Neumann wurde genehmigt.

6. Mit der Aufnahme eines Vorstosses von 100.000 G.M. zu Wohnungsbauwecken von der Kreditanstalt Südböhmer Gemeinden in Dresden erklärte man sich einstimmig einverstanden.

Hierauf niedrigste Sitzung.
Naunhof, am 15. Februar 1928. Der Stadtrat.

Die Gewerbebescheinigungen für das Rechnungsjahr 1928 sind nunmehr bei Vermietung von Wohneinheiten bis spätestens den 20. d. M.

Der Stadtrat.
Hier, Rathaus, Zimmer 15 eingureichen.
Naunhof, am 14. Februar 1928. Der Stadtrat.

Bersteigerung.
Freitag, den 17. Februar 1928, nachmittags 2 Uhr sollen im Grundstück Lange Straße 40 verschiedene Mietwohnungen und Außenräumen versteigert werden.
Naunhof, am 15. Februar 1928. Der Stadtrat.

Allgem. Ortsfrankensasse Grimma-Land.

Sonntag, den 26. Februar 1928, vormittags 1/2 12 Uhr im Gasthof "Stadt Leipzig" zu Grimma soll die 1. Sitzung des neu gewählten Auschusses stattfinden, zu der die Herren Mitglieder des Vorstandes und des Ausschusses ganz ergebnis eingeladen werden.

Tagesordnung:
1. Wahl eines Vorsitzenden.
2. Wahl zweier Stellvertreter.
3. Wahl des Rechnungsausschusses.
Grimma, am 14. Februar 1928. Der Vorsitzende des Vorstandes.

Freitag den 17. ds. Mon., vorm. 11 Uhr sollen in Naunhof im Gasthof "Combinus" 1 Trumeau, 1 Schrank-Grammoschrank mit elektrischem Antrieb und 1 neue Sesselbank meistbietend öffentlich gegen Zahlung versteigert werden.
Grimma, am 16. Februar 1928. Qu. I, 2848, 3420, 3704/27.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Gerüchte um die Reichsmarine.
Das Reichswehrministerium untersucht.
In der Öffentlichkeit werden nach Angaben, die der Landtagsabgeordnete Ernst Heilmann auf dem Preuentag der Sozialdemokratie gemacht hat, Gerüchte wiedergegeben, die sich mit angeblichen Beziehungen zwischen der Reichsmarine und dem Wilking (Erhard-Liste) befassen. Heilmann teilte einen Briefwechsel über die Besetzung einer Stelle bei der Reichsmarine mit einem Wilkingmann mit und eine Anzahl anderer Briefe, aus denen hervorgeht, daß Erhardt und seine Anhänger auf die Stellenbesetzung in der Wehrmacht Einfluss zu gewinnen trachten.

Das Reichswehrministerium beschäftigt sich, wie auf eine Anfrage mitgeteilt wird, bereits mit der Prüfung der veröffentlichten Dokumente und dürfte nach Abschluß der Untersuchung mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit treten.

Rampffront der Metallarbeiter.
Kundgebung in Stuttgart.

Die Tagung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die in Stuttgart stattfand, hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der u. a. weitreichende Wohnungspolitik, soziale Gestaltung der Steuer, durchgreifende Maßnahmen gegen die monopolistische Marktbewirtschaftung, Abbau der Zölle und in erster Linie Stärkung der Massenkonkurrenz durch Lohnerschöpfung, die den Produktionssteigerung entspricht, verlangt werden.

In der Entschließung heißt es weiter: Die neuerlich vom Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller angekündigte Gesamttausprägung der deutschen Metallarbeiter ist eine Bedrohung der ganzen Bevölkerung und eine Schädigung der deutschen Wirtschaft. Der Deutsche Metallarbeiterverband sieht den Maßnahmen der Metallindustrie mit großer Rücksicht in dem Bewußtsein entgegen, daß seine Lohnforderungen berechtigt sind und zugleich dem Interesse der gesamten Wirtschaft dienen. Der erweiterte Rat erwartet, daß die Kollegen den ihnen aufgezwungenen Kampf in der gleichen mustergültigen Weise fortsetzen, bis die Unternehmer zu seinem die Arbeiter befriedigenden Abschluß bereit sind.

Der Reichsarbeitsminister hat sich mit Rücksicht auf die drohende Ausdehnung des Kampfes entschlossen, von Amis wegen eines neuen Schlichtungsverfahrens einzuleiten. Die Verhandlungen finden voraussichtlich am Freitag, dem 17. Februar, im Reichsarbeitsministerium statt.

Nummer 21

Donnerstag, den 16. Februar 1928

39. Jahrgang

Vor der Reichstagswahl

Schulgesetz endgültig gescheitert.

Beratungen des Kabinetts.

Das, was seit einigen Tagen fast mit Sicherheit schon vorausgesagt werden konnte, ist eingetroffen. Auch der letzte Beruf, in erneuter Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien noch eine Einigung zu ergreifen, ist gescheitert. Damit ist die so lange behandelte Schulgesetzvorlage vorläufig als undurchführbar bestiegelegt, gleichzeitig aber auch die Koalition der Regierungsparteien zerbrochen und die Frage, wann demgemäß der Reichstag aufgelöst wird und die Neuwahl stattfindet, tritt in den Vordergrund.

Der Interfraktionelle Ausschuss trat Mittwoch früh unter Vorsitz des deutschnationalen Führers Grafen Westarp zusammen. An der Verhandlung nahmen auch Reichsjustizminister Hergt als Vizekanzler an Stelle des erkrankten Reichskanzlers und Reichsinnenminister von Neudell teil. Als bald wurde folgender Bericht über das Resultat der Besprechungen veröffentlicht:

"Der Interfraktionelle Ausschuss trat Mittwoch um 10.15 Uhr im Reichstage in Gegenwart der Reichsminister von Neudell und Hergt wiederum zusammen. Bei der Unvereinbarkeit der sich gegenüberstehenden Forderungen der Parteien waren die Beratungen nur noch von kurzer Dauer. Sie endeten mit der Feststellung, daß von keiner Seite brauchbare Kompromißvorschläge gemacht werden und daß damit die Verhandlungen über das Reichsschulgesetz als gescheitert zu betrachten seien."

Nach dieser Entscheidung treten die nun noch abzuwickelnden Dinge mehr in die zweite Linie der Formalitäten zurück. Das lehige Kabinett wird bis zur gegebenen Zeit zu verhindern Anöffnung des Reichstages im Amt bleiben und nach Vereinbarung eines Teils der im Hindenburg-Brief umrissenen dringenden Aufgaben erledigen. Die Zusammenfassung des Koalitionskabinetts Marx wird dabei nicht berührt. Seine Aufgabe besteht darin, mit allen Parteien den Termin der Neuwahlen zu vereinbaren und das Arbeitsprogramm, das bis zur Auflösung des Reichstages erledigt werden soll.

Das Schicksal des Schulgesetzes.

Zu den Verhandlungen im Interfraktionellen Ausschuss der Regierungsparteien des Reichstages erschien man von parlamentarischer Seite: Abg. von Gubatz (Dritter) stellte unter Aufmunterung der anderen Parteien fest, daß



Graf Westarp,
Vorsitzender des Interfraktionellen Reichstagsausschusses.

die Verhandlungen über das Reichsschulgesetz eine Aussicht jetzt nicht bieten. Abg. Graf Westarp (Dritter) schloß die Sitzung mit dem Ausdruck des Danach an die Koalitionsmitglieder und gleich mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß das große Werk in diesem Augenblick nicht erledigt werden können. Hinsichtlich des Schicksals des Reichsschulgesetzes nannte Graf Westarp folgende drei Möglichkeiten: daß es entweder von der Reichsregierung zurückgezogen wird, oder daß der Ausschuss mit dieser Tagesordnung nicht mehr zusammentritt, oder schließlich, daß die Entscheidung über das Schulgesetz in offener Handlung im Reichstag fällt.

Sitzung des Reichskabinetts.

Sofort nach Abschluß der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses stand eine Befreiung der Parteiführer der Regierungsparteien mit den Kabinettsmitgliedern über die durch den Abbruch der Verhandlungen über das Reichsschulgesetz geschaffene Lage statt. Man war sich einig darüber, daß es Sache des Reichskabinetts sei, die weiteren Beschlüsse zur Lage zu fassen. Es wird der Versuch gemacht, eine Grundlage zu finden, die die Erfüllung aller dringlichen Aufgaben der Regierungarbeit ermöglicht. Die Befreiungen werden in einer für Mittwoch abend anberaumten Kabinettssitzung fortgesetzt werden.

Voraussichtlich wird es dabei bleiben, daß der Reichstag bis Ende März den Staat sowie den Nachtragsstaat, die landwirtschaftlichen Hilfsmahnahmen und das Liquidationschädengesetz erledigt und daß die Neuwahlen Anfang Mai stattfinden.

Stimmen aus den bisherigen Koalitionsparteien.

In einer Erklärung der Deutschen Nationalen heißt es: Alle Bemühungen, alle Bereitschaft der Deutschen Nationalen Volkspartei, einzugezogenen, sind vergeblich gewesen. Die Schwierigkeiten, die in der Sache selbst lagen, hätten überwunden werden können. Aber die Deutsche Volkspartei hat sich fortwährend in Gegenwart zu den drei anderen Regierungsparteien gestellt. Es ist Sache der Christ-



Abg. v. Gubatz,
Vorsitzender des Zentrums, Vorsitz. des Bildungsausschusses.



Abg. D. Mumm,
Sprecher des Zentrums, Vorsitz. des Bildungsausschusses.

lichen Elternschaft, weiterhin aus Krise anzupassen, um ihr Recht an der Erziehung ihrer Kinder zu wahren.

Der Vorsitzende des Bildungsausschusses des Reichstages, der sich eingesetzt mit dem Gesetz beschäftigte, der Abgeordnete Mumm (Dritter) hat seine Aussicht dahin fundgelegt, daß die Frage des Schulgesetzes bei der nächsten Regierungsbildung wiederum eine entscheidende Rolle spielen werde.

Von Zentrumssseite verlautet, man betrachte die Koalition nach dem Scheitern des Schulgesetzes bereits als nicht mehr vorhanden. Herr von Gubatz habe im Interfraktionellen Ausschuss schon unmißverständlich gesprochen.

Die Deutsche Volkspartei veröffentlicht eine Erklärung, in der darauf hingewiesen wird, daß die Regierungskoalition nicht allein zur Erledigung des Schulgesetzes zusammengekommen ist, sondern, daß eine große Zahl von bedeutungsvollen Aufgaben von ihr bereits erfüllt ist und noch erfüllt werden muß. Angesichts dieser Sachlage ist die Deutsche Volkspartei der Auffassung, daß die Auflösung des Reichstages nicht gerechtfertigt werden kann. Sie war jedoch durch die Erklärung der übrigen Regierungsparteien in die Zwangslage versetzt, die Kündigung der Koalition zur Kenntnis zu nehmen. Gescheitert ist das Schulgesetz an der Überspannung der Forderungen des Zentrums, die im Endeffekt zu einer Untergründung der Autorität des Staates über die Schule geführt hätten.

Beschlüsse des Reichskabinetts.

Berlin. Das Reichskabinett berät in einer Sitzung, die zwei Stunden dauerte, die parlamentarische Situation, wie sie sich nach der heutigen Sitzung ergeben hat. Wie im Reichstag verlautete, hat das Kabinett das Arbeitsprogramm aufgestellt, nach dem die noch ausstehenden Arbeiten dem Wunsche des Reichspräsidenten entsprechend vom Reichstag erledigt werden könnten. Dieses Programm wurde in der gemeinsamen Sitzung der Mitglieder des Reichskabinetts und der Parteiführer vorgelegt, die im Anlaß an die Kabinettssitzung zu den angekündigten Beratungen zusammengetreten.

Der kommende Wahlkampf.

Das Hin und Her zwischen den bisherigen Regierungsparteien im Reichstag ist zu Ende. Am Mittwoch ist die Koalition auseinandergegangen. Es bleibt nur noch übrig, kurz festzustellen, daß einerseits die Deutsche Volkspartei erklärt, sie sei nicht bereit, in der Reichsschulgesetzfrage irgendwie nachzugeben, vielmehr ihre Ablehnung sogar von manchem, was darüber schon beschlossen war, geltend gemacht hat, während das Zentrum in einer längeren Fraktionssitzung beschloß, die Koalition als gelöst anzusehen, wenn eine Einigung über das Schulgesetz nicht zustande kommt. In der Mittwochsitzung des Interfraktionellen Ausschusses wurde demgemäß nur noch die Besetzung gemacht, daß eine Einigung nicht erzielt werden konnte, und man ging auseinander. Der Hindenburg-Brief ist also nicht im ganzen wirksam geblieben, denn es soll vom Reichstag jetzt nur noch der Staat erledigt werden und vielleicht noch die Hilfsaktion für die Landwirtschaft. Alles andere, wie KleinrentnerverSORGUNG, Liquidationschädengesetz und Reform des Strafrechts, fallen unter den Tisch; Hoffentlich gewinnt man aber Zeit, eine Übergangsform zu finden, damit wenigstens die Arbeit am Strafgesetzbuch nicht ganz vergebens geht.

In der Hauptsache handelt es sich jetzt natürlich um den Zeitpunkt der Reichstagsauflösung und der Neuwahlen. Die Opposition will gegen eine gedrängte Verabredung und Erledigung des Staats nichts einwenden und so werden wohl auch die Deutschen Nationalen, denen sofortige Neuwahlen erwünscht wären, sich damit einverstanden erklären müssen, daß der Reichstag doch noch eine Zeitlang zusammenbleibt, um wenigstens jene beiden Gesetze zu erledigen; sie werden es auch deswegen tun, weil sonst bei einem Widerstand ihresfeinds sehr leicht gerade die Hilfe für die Landwirtschaft gefährdet werden könnte. Das wollen sie natürlich nicht.

So wird wohl der Zeitpunkt für die Neuwahlen auf den Anfang Mai gelegt werden. Man nimmt an, daß die Auflösung des Reichstages etwa am 20. März erfolgen wird, aber es fragt sich sehr, ob er bis dahin arbeitsfähig bleiben wird, ob daher die Absicht sich verwirklichen läßt, wenigstens die beiden Gesetze über den Staat und die landwirtschaftliche Hilfsaktion noch durchzubringen. Denn es ist selbstverständlich, daß der Wahlkampf jetzt mit aller Macht einzusehen wird, und dabei sind die Reichstagsabgeordneten natürlich, wie Onkel Kräsig sagt, „die Nächsten dazu“. Man wird also vermutlich noch weniger Reichstagsmitglieder in den rasch verödenden Hallen sehen, als das bisher schon im allgemeinen der Fall war. Eine Durchführung der Weiterbildung ist daher nur bei allseits gutem Willen möglich, aber ob dieser vorhanden ist, mag doch etwas zweifelhaft sein. Denn wie im Schauspiel, so kommt es auch im Reichstag darauf an (und jede Partei handelt demgemäß), sich „einen guten Abgang“ zu sichern. Die Reden, die jetzt noch gehalten werden, sind daher lediglich Wahlreden; darin wird sich sicherlich keine Partei von der anderen sehr unterscheiden. Man wird sie freilich auch als solche zu werten haben, wenn jetzt der Kampf um die Seele des Wählers losgeht. Das gleiche gilt von den Anträgen, die gestellt werden; es wäre daher besser, wenn die Parteien allseits von solchen recht überschwänglichen Anträgen absehen würden, weil im allgemeinen der Wähler doch nicht mehr auf ein solches Mandat hereinfällt.

Und was vom Reichstag gilt, das gilt auch vom Preußischen Landtag. Es ist fast sicher damit zu rechnen, daß auch er aufgelöst wird und die Neuwahlen gleichzeitig mit denen zum Reichstag stattfinden werden. Eines ist erstaunlich, wenn wirklich der Wahltermin auf den Anfang Mai gelegt wird: dann sind nämlich die französischen Wahlen überstanden und man kann es daher bei dem Wahlkampf in Deutschland vermeiden, den Blick ausschließlich auf sogenannte außenpolitische Rückwirkungen innendeutscher Vorgänge, wie die Reichstagswahlen es sind, zu lenken. Schon jetzt wird man die Hoffnung aussprechen, daß der Wahltag lediglich betrachtet wird als der Entscheidungstag der Wähler über das Geleiste oder Nichtgeleiste. Daran wird man noch die weitere Hoffnung knüpfen, daß sich auch der Wahlkampf auf diesen Gesichtspunkt einstellt, und nicht zuletzt die dritte, das nämlich nicht allzuviel Wähler am Wahltag zu Hause bleiben.

Gegen die Riesenaußsperrung.

Der Gesamtvorstand des Gewerksvereins Deutscher Metallarbeiter erklärt zu dem Aussperrungsbeschuß in der deutschen Metallindustrie eine Erklärung, aus der ersichtlich ist, daß er gewillt ist, den Kampf gemeinsam mit dem freigewerkschaftlichen Metallarbeiterverband durchzuführen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat eine Sitzung seines Beirats nach Stuttgart einberufen, um zu der Erklärung der Arbeitgeber Stellung zu nehmen. Wie erklärt wird, ist er finanziell für den Kampf durchaus gerüstet.

Die sächsischen Wirtschaftskreise sind, wie aus Dresden bekannt wird, wegen der drohenden Aussperrung der Metallarbeiter in besonderer Sorge; denn ein volles Drittel der von der Aussperrung bedrohten 800 000 Arbeiter ist in sächsischen Betrieben beschäftigt.

Man hofft daher hier dringend, daß die Reichsregierung sich nicht mit weiterem Abwarten begnügt, sondern schärfstens eingreift, um eine Erweiterung des mitteldeutschen Konflikts unter allen Umständen zu verhindern.

Kräntz hoffentlassen.

Unter allgemeiner Spannung wurde nach einer zweitägigen Verhandlungspause der Kräntz-Prozeß im Bochumer Schwurgericht wieder aufgenommen. Der Verteidiger des Primaners, Rechtsanwalt Dr. Frey, hältte den Antrag auf Haftentlassung des Angeklagten, da nach dem bisherigen Verhandlungsergebnis kein hinreichender Verdacht auf Nord mehr bestehen könnte. Der Staatsanwalt erklärte hierzu, er halte zwar die Anklage auf Nord nicht aufrecht, dagegen aber auf gemeinschaftlichen Vorwurf, und drängte deshalb, den Haftentlassungsantrag abzulehnen. Das Gericht verhandelte nach kurzer Beratung den Beschluß auf Haftentlassung des Angeklagten. Der Verteidiger erklärte, er sei nur dann zum Verzicht auf seine Zeugen bereit, wenn die Staatsanwaltschaft auch den Verdacht auf gemeinschaftlichen Vorwurf fallen lasse. Da die Staatsanwaltschaft dazu keine Erklärung abgeben bereit ist, wurde in die weitere Beweisaufnahme eingetreten. Die Haftentlassung wirkt auf den Angeklagten wie die Befreiung von einem Alpdruck. Er will auch die Anklagebank verlassen, muß aber auf einen Verweis des Vorsitzenden hin wieder zu ihr zurückkehren.

Landgerichtsdirektor Dust rief ihm zu: „Das Urteil, nicht der Platz stampft den Beschuldigten.“

Als erste Zeugin wird

Allerhand Neppereien.

Alle Trials, auf die man immer wieder hineinfällt.

Von Hans Langkow.

(Nachdruck verboten.)

Die alten Methoden sind immer noch die besten. Diese schöne Sentenz wird nirgends so häufig praktisch erprobt wie bei unserem modernen Gaunerum. Die ehrwürdigen Trials der Ahnen unserer Diebe und Gauner glänzen heute noch mit verbüffender Prometheit. Man hollte das nicht für möglich halten, aber es ist so.

In einer der Straßen rund um den Alexanderplatz von Berlin steht ein gut angezogener Jüngling, beide Hände tief in den Hosentaschen vergraben. Da kommt ein Mann vorbei, dem man den Fremden auf zehn Meter Entfernung ansieht. Ahnungslos bleibt er stehen und betrachtet sich ein Schauspieler. Schon ist der Jüngling neben ihm, zieht die rechte Hand aus der Hosentasche, öffnet sie schnell und zeigt auf der Handfläche einen wunderbaren, scheintesten Ring. „Echter Ring gefällig?“ flüstert er. „Janz billig.“ Der Fremde stinkt. Er hat von solchen Gelegenheiten schon sprechen gehört. Das wäre ein Geschäft. Er läßt sich von dem Jüngling in eine Wirtschaft führen. Dort wird am Holztische bei zwei Besuchern Bier weiterverhandelt. Warum der Ring so billig wäre, fragt der Fremde. Gestohlene Ware! Ha, ihm soll es gleich sein. Man handelt noch ein wenig hin und her. Dann zieht der Fremde mit dem „echten“ Ring erneut auf. Der Jüngling grinst ihn befriedigt nach und klappert vergnügt in der linken Hosentasche mit acht weiteren derartigen Ringen. Der Ring ist weder echt noch gestohlen. Einige Gefahr für den Ringnepper besteht kaum. Den anderen wird sich hüten, Angezeige zu machen, schon aus der Furcht heraus, wegen Hehlerei verfolgt zu werden. Und dann die Blamage!

Die Sache kann sich übrigens auch anders abspielen. Da geht ein abnuriasloher Bürger die Straße entlang und be-

die Mutter des Angeklagten.

Die Frau des Künstlers Krantz, vernehmen. Sie darf schauder ausdrücken, da sie sich schwach fühlt. Die Zeugin erzählt, daß auch sie Selbstmordgedanken gehabt habe, sie habe aber ihren Sohn vor dem Spielen mit dem Revolver wie überhaupt mit Selbstmordgedanken gewarnt. Günter Scheller hätte zweifellos ungünstig auf ihn eingewirkt. — Sobald wird der Vater Scheller vernommen, dessen Erziehungsmethoden schon mehrfach Gegenstand des Prozesses waren. Er habe an dem Verlehr Günter mit Krantz nichts auszusagen gehabt, allerdings habe er den Angeklagten nur kurze Zeit gekannt. Sobald wurde die Autofahrerin Günter nach Paris mit einem Herrn, der den Vater ganz unbekannt war, vor Gericht ausführlich befragt. Als dann wurden zwei Freunde von Krantz und Scheller als Zeugen vernommen, die über die Bekanntschaft und den Gedankenaustausch der beiden Primaner Einzelheiten vorbrachten.

Kräntz' Verteidiger legt nieder.

Sachverständigenaussagen über den Angeklagten.

Die Lage für den Oberprimaner Krantz hat sich im weiteren Verlauf der Verhandlung geändert. Mit Entzündung weist Rechtsanwalt Frey jedesmal die Beleidigung zurück, daß Krantz ein Mörder wäre. Auch die Anklage wegen gemeinsamen Totschlages wird von ihm mehrmals beanstandet. Einige Zeumundzeugen, meist ehemalige Primaner aus der Oberrealschule, die Scheller und Krantz besucht haben, sagen über den Charakter des Angeklagten recht günstig

aus. Besonders Interessant besteht für die Aussage der Frau Scheller, die dann vernommen wurde. Sie zeigt sich als echte Mutter und streitet fast alles, was ihrem verstorbenen Günter nachgesagt wurde, mit Entschiedenheit ab. Auch für ihre Tochter Hilde bricht sie eine Lompe. Im Grunde genommen war Günter Scheller durchaus wahrhaftig. Hildegard hätte wohl auf dem Polizeipräsidium eine gewisse Ungeniertheit an den Tag gelegt. Zu Hause hätte sie aber sowohl über den toten Bruder wie über den Freund Hans Stephan bitterlich geweint.

Hierauf kam es wieder einmal zu einem Zwischenfall. Der Staatsanwalt fragte den Angeklagten, ob er seinen ersten Freien Abend in einem großen Berliner Café am Potsdamer Platz zugebracht hätte, was doch nicht gerade geeignet wäre, seine Neuigkeit zu dokumentieren. Daranhin erwiderten der Verteidiger und der Richter, daß man nur die Vorgänge vor und während der Tat zu verhandeln habe, nicht aber sein heiligstes Verhalten. Außerdem summerte sich der Staatsanwalt auch nicht um das Privatleben der Hildegard Scheller.

Bekannter Berliner Kritze, Direktoren von Firmenanstalten werden nun auf Veranlassung des Verteidigers zugezogen, um ihr Sachverständiges

Grundsatz über den Geisteszustand des Angeklagten vor und während der Tat abzugeben. Der bekannte § 51 (geistige Unzurechnungsfähigkeit) kommt für Krantz nicht in Frage kommen, wohl aber habe der Aufschwung auf ihn stark eingewirkt und seine Tat beeinflußt. Es befindet daher hohe Wahrscheinlichkeit für einen Selbstmord Günter Schellers. Krantz wäre eine Persönlichkeit von höchstem Wert, aber diesem wertvollen Jüngling fehlt die Vilenkenkraft.

Am ereignete sich

der größte Zwischenfall

während des ganzen Prozesses. Anlässlich einer Frage des Staatsanwalts kommt es zu einem Zusammentreffen zwischen dem Vorsitzenden und dem Verteidiger. Rechtsanwalt Dr. Frey fragt einen Zeugen: „Hat Sie nicht die Frage des Verteidigers der Anklage gewundert?“ Darauf ruft der Vorsitzende erregt: „Diese Frage gehört nicht zur Sache.“ Rechtsanwalt Frey will sich die Wortabschöpfung nicht gefallen lassen und schwärzt sich energisch über den Ton, ja sogar über das Vertragen des Gerichtes gegenüber einem Verteidiger.

Jetzt bezeichnet der Vorsitzende das Verhalten des Anwalts als ungehörig.

Dr. Frey verteidigt sich das Wort ungebührlich. Nun soll es zu einer Wortentgleisung für den Rechtsanwalt kommen. Nach der weiteren Sachverständigenvernehmung gibt Rechtsanwalt Dr. Frey dann eine Erklärung ab, in der er die Zustimmung seines Verhaltens als geziert bezeichnet, eine Schärfe in die Verhandlung zu tragen. Er sowohl wie die Anwaltschaft würden hierdurch vor der Öffentlichkeit herabgesetzt. Unter diesen Umständen könne er die Verteidigung nicht weiterführen. Rechtsanwalt Dr. Frey verzicht darauf den Sitzungssaal.

Sonnabend Fortsetzung des Prozesses

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Dust, beantragt sofort den Rechtsanwalt Dr. Arthur Schulz aufzufordern, die Offizialverteidigung für Krantz zu übernehmen. Als der Prozeß nach anderthalb Stunden Pause wieder beginnt, erläutert sich Rechtsanwalt Schulz nach einem Zögern damit einverstanden, die Verteidigung zu übernehmen, nachdem ihm vorher der Angeklagte sein Vertrauen ausgesprochen hatte. Außerdem stellt der neue Verteidiger den Antrag, daß Verfahren um einige Tage auszusetzen. Da dem Gericht am schnelleren Ende des Prozesses liegt, wird der frühesten Termin, der dem Anwalt genehm ist, für die Biederaufnahme angezeigt. Es ist dies der Sonnabendvormittag.

obachtet gerade, wie ein vor ihm gehender Mann ein ganz kleines winziges Paketchen verliert. Der Biedere hebt es auf, will dem Mann nachlaufen, ihm nachrufen, doch jener ist schon um die nächste Ecke. Gleichzeitig stürzt wie ein Habicht ein hinter ihm gehendes Individuum auf das Paketchen los. „Ich habe es zuerst gelesen.“ „Aber erlauben Sie!“ „Na, zeigen Sie doch wenigstens, was es ist.“ Manwidert aus. Eine herliche Brillantbrotsche leuchtet aus der Umhüllung hervor. „Ich beanspruche die Hälfte vom Feindlosen“, sagt nur der Zweite. Das Opfer, immer noch in den Anblick des herlichen Schmucks vertunken, führt seine Moral wanken. „Na, hören Sie, die brauchen wir doch nicht abgeben.“ Das trifft doch keinen Armen.“ Kurz und gut, man kommt über ein, den Fund zu teilen. Aber wie? Der andere hat angeblich kein Geld bei sich. Auch weiß man nicht, was der Hund wert ist. Man verhandelt noch. Da kommt dem zweiten Finder ein Gedanke. „Hören Sie, ich will nicht daran verdienen. Ich hab oh keine Lust, mich mit Ihnen weiter auseinanderzusetzen.“ Geben Sie mir zwanzig Mark und die Sache ist erledigt.“ „Hm, denkt der Fremde, jedoch bis achtzig Mark ist das Stück auf jeden Fall wert. Das ist ein Geschäft.“ Er treut nicht die Brieftasche und bezahlt. Rächer ist die Erkenntnis um so bitterer, die er lautet: Talmi, Talmi! Auch hier ist eine Angezeige unmöglich. Wenn das Delikt lautet: „Fundunterschlagung!“ Schon vor dreißig, vierzig Jahren blühte dieser Kapp in der gleichen Weise wie heute.

Auf einem Berliner Bahnhof kommt ein Fremder an. Beladen mit Koffern und Handtaschen, sieht er hilflos in dem Gewühl der Ankommenden und Abreisenden. Plötzlich kommt ein marschiallisch aussehender Herr auf ihn zu, mustert ihn mit durchdringenden Blicken, breitet plötzlich die Arme aus und ruft im Tone höchsten Entzückens: „Ah, mein lieber, guter Kriegskamerad, mein Freund, sehe ich dich hier endlich wieder. Weißt du noch damals...“ und er überhäuet den Fremden ihn in die Arme schlafend, mit einer flut liebervoller Worte. Der alte Beglücker ist total perplex. Er kann sich die außerordentliche Liebenswürdigkeit, die

Die Sachverständigen für Dr. Frey.

Berlin. Der Sachverständige Dr. Magnus Hirschfeld gab im Kräntz-Prozeß im Rahmen der Sachverständigen folgende Erklärung ab: Der Gesundheitszustand des Angeklagten Krantz ist so, daß der Angeklagte nicht imstande ist, in dieser furchtbaren Zeit dem neuen Verteidiger alle notwendigen Informationen zu geben. Die Sachverständigen bitten deshalb im Interesse des Gesundheitszustandes des Angeklagten, alles zu tun, um den Rechtsanwalt Dr. Frey zu bewegen, die Verteidigung wieder zu übernehmen. Der Vorsitzende des Gerichts sprach sich dagegen aus und schloß die Sitzung.

Verwaltungsreform und Industrie.

In der letzten Sitzung des Gesamtvorstandes des Verbands Sächsischer Industrieller wurden die Beratungen über das Problem der Verfassungs- und Verwaltungsreform fortgeführt, das in den Kreisen der sächsischen Industrie lebhaftes Interesse begegnet. Der Referent Dr. Mätz gab einen Überblick über das umfangreiche, in die verschiedenen Gebiete des Staats-, wirtschaftlichen und sozialen Lebens eingreifende Problem und legte unter Zustimmung des Gesamtvorstandes die Schlußpunkte dar, nach denen die Wirtschaft an die Beurteilung der Frage zweitmäßigerweise herangeht.

Zur eigentlichen Verfassungsreform, der sogenannten staatspolitischen Seite des Problems, sind auch für die Wirtschaft praktische Vorschläge nicht möglich, solange bestimmte durchführbare Vorschläge über die Art der Neuordnung des künftigen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern noch fehlen. Nach Meinung des Gesamtvorstandes bedarf es nicht der Durchführung einer Verfassungsreform großen Stils, um Vereinbarungen und namentlich auch Verbesserungen der Verwaltung zu erzielen. Solche können vielmehr durch eine ganze Reihe schon jetzt durchführbarer Maßnahmen erreicht werden. Dazu gehört z. B. eine

zweitmäßige Aufgabenverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden,

verbunden mit einer klaren Abgrenzung der Zuständigkeiten und einer Verkürzung des Instanzenzuges zum Zweck der Verstärkung der Kompetenzen der unteren und mittleren Behörden.

Auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung lassen sich leicht schon, ohne zünftige staatsrechtliche Umstellungen abzuwarten, Maßnahmen durchführen, die Erfahrungen zeitigen können. Hierzu bedarf es hauptsächlich der Einschränkungen der Gesetzgebungstätigkeit. Daneben ist es notwendig, die lehrlinge Geltung einer scharfen Nachprüfung in der Richtung zu unterstützen, daß Aufgabenbereich der örtlichen Hand zu vermindern, um dadurch den Abbau von Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen zu ermöglichen und den Verwaltungskörper unserer tatsächlichen Leistungsfähigkeit und wirtschaftlichen Lage anzupassen.

Die Aussperrung in der Metallindustrie.

Der Verband der Metallindustriellen, Bezirk Dresden, hat in seiner Generalversammlung einstimmig beschlossen, die Abwehrmaßnahmen des Gesamtverbandes zugunsten des bestreiten Mitteldeutschlands nachdrücklich zu unterstützen. Der Verband wendet sich in einer längeren Erklärung an die Öffentlichkeit, in der die Stellungnahme begründet und dem Reichsarbeitsminister wegen seines Verhaltens heftige Vorwürfe gemacht werden.

Ende dieser Woche werden bereits entsprechende Bekanntmachungen in den einzelnen Betrieben erfolgen, so daß, falls nicht das für Freitag angelegte Verfahren zu einem Ergebnis führen sollte, die Aussperrung auch in der sächsischen Metallindustrie am kommenden Mittwoch, den 22. Februar, Tatsache werden würde.

In den beteiligten Kreisen hofft man allerdings, daß in den neuen Schlüsselungsverhandlungen ein Weg gefunden wird, um die Massenaussperrung und die unübersehbaren Folgen dieser Maßnahme für die deutsche Gesamtirtschaft zu verhindern.

Falsche Ein- und Zweimarkstücke.

Seit Anfang d. J. befindet sich vornehmlich in Dresden und Vororten eine größere Anzahl falscher Ein- und Zweimarkstücke in Umlauf, ohne daß es bisher gelungen ist, deren Hersteller und Verbreiter zu ermitteln. Die Falschstücke sind an folgenden Merkmalen zu erkennen: Der Reichsbäder auf der Rückseite der Markstücke ist manchmal ausgeprägt und zeigt eingefallene Brust. Die Falschstücke sind aus Messing hergestellt und versilbert. Ältere Stücke weisen daher einen gelben Schein auf. Sie tragen das Ausgabeyahr 1924. Die Zweimarkstücke haben einen auffallend matteten Schein, schlechte Randprägung, sind etwas größer, aber schwächer als die echten Stücke und durch die Prägung leicht gewölbt. Sie sind aus Neusilber hergestellt, leicht versilbert und tragen die Ausgabeyahre 1926 und 1927. Die Kriminalpolizei bittet um sofortige Anzeigeerstattung beim Vorkommen solcher Falschstücke bzw. um Festnahme verdächtiger Herausgeber. Sachdienliche Anhänger werden auf Wunsch vertraulich behandelt.

da auf ihn herabströmt, gar nicht erklären. Schließlich kommt er: „Aber, mein Herr, ich kenne Sie ja gar nicht.“ Da steht auch der Martialische. Er löst die Umarmung, tritt zwei Schritte zurück und mustert noch einmal den Fremden. Dann wird er verlegen. „Verzeihung“, sagt er, „eine überraschende Lehnlichkeit, ich hielt Sie für einen alten Kriegskameraden. Wirklich fabelfähige Lehnlichkeit. Noch mal Verzeihung.“ Und er läßt den Hut, macht eine Verbeugung und verschwindet in der Menge. Der Fremde denkt: das war ein sonderbares Käuz. Was man nicht so alles in Berlin erlebt! Und wandelt weiter. Wenn er nachher Uhr und Briefstapse vermisst, wandert er sich noch bedeutend mehr. Das Bändchen des E. A. im Knopfloch hat ihn als Kriegsteilnehmer verraten. Schon nach 1870 sind manche alte Krieger auf diesen alten Trick hereingefallen.

Bermischtes.

= Amman Ullah mit Karbunkel und Umlegestragen. Bis nach Brüssel ist König Amman Ullah von Afghanistan, der in kurzem auch Berlin besuchen will, ganz offiziell gereist. In Brüssel aber hat er die offizielle Fahrt plötzlich und vorläufig abgebrochen, um rasch mal zur Erholung einen Abstecher in die französische Schweiz zu machen. Jetzt erzählt man aus englischen Blättern, warum er sich erholt haben mög. In Afghanistan unten kann König Amman Ullah sich es so bequem wie möglich machen; er braucht nicht ewig in großer Galauniform herumzuspazieren und braucht darum auch nicht dauernd einen ebenso hohen wie steifen Kragen zu tragen. In Europa aber möchte er das und der Kragen, hohe Kragen hat ihm den Rest gegeben. Es bildeten sich hinter an seinem Halse schmerzhafte Karbunkel, so daß er in der Öffentlichkeit nicht mit dem engen Kragen erscheinen konnte. Darum, nur darum, heißt es, ging er in die Schweiz, wo er jetzt mit einem weichen Umlegekragen der Genesung entgegenhat. Aufrichtig wünschen wir ihm gute Besserung, damit er zur rechten Zeit ohne Karbunkel und mit Siebkringen nach Deutschland kommen kann.

Freib.
gauß Hirschfeld
verhängten fü-
r die Angestellten
dienstigen Informa-
tionen deshalb im
Sagten, alles zu
sagen, die Ver-
handlungen des Gerichts

Industrie.

ndes des Ver-
ertratungen über
Angestellten fort-
setzte lebhaftesten
hab einen Über-
densten Gebiete
Lebens ein-
des Gesamt-
die Wirtschaft
weise herange-
togenannten
für die Wirt-
schaft bestimmt
Ausgangsbedingungen
ordnung des
ern zu feiern.
der Durch-
um Verein-
er Verwaltung
eine ganze Reihe
werden. Dazu
ich, Ländern

Zuständigkeiten
Zweck der Ver-
mittelten Be-
lassen sich Leis-
tungen abzu-
schneidende zeitigen
Voraussetzungen
wendig, die legt
in der Richtung
lichen Hand zu
ordnen und somit
den Verwal-
tung und wirt-
schaft und wirt-

Industrie.

ezirk Dresden,
beschlossen, die
zugunsten des
unterstützen.
Erklärung am
me begründet
es Verhaltens

prechende Be-
erfolgen, so
Verfahren zu
rtung auch
e am kom-
sache werden

lerdings, daß
n Weg gefun-
die unüber-
deutsche Ge-

üfe.

nlich in Dres-
cher Ein- und
her gelungen
mitteln. Die
zu erkennen:
stufe ist man-
Brust. Die
und verßert.
Schein auf-
weimark-
matten
größer, aber
die Prägung
t hervorhebt.
1926 und
Anzeige-
ücke bzw. um
bienliche An-
sicht.

1. Schließlich
ja gar nicht.
Umarmung.
einmal den-
nung," sagt er,
für einen alten
lichkeit. Noch
sicht eine Ver-
Der Fremde
s man nicht so
er. Wenn er
er er sich noch
im Knopfloch
hoch nach 1870
Lied hinein.

efragen. Bis
ghanistan, der
sätzlich gereift.
plötzlich und
holzung einen
den. Jetzt er-
er sich erholen
nan Ullah sch-
cht nicht ewig
und braucht
en wie steifen
er das und der
Es bildeten
bunkel, so daß
gen erscheinen
er in die
gefragten ber-
chen wir ihm
ne Karbunkel
n kann.

Sächsische und Lokale Mitteilungen.

Naumburg, den 16. Februar 1928.

Merkblatt für den 17. Februar.

Sonnenausgang	7 ¹⁵	Mondaufgang	8 ¹⁵
Sonnenuntergang	17 ¹⁵	Monduntergang	12 ¹⁵

1856: Heinrich Heine in Paris gest.

Das Ei als Nahrungsmittel.

Die Zeit ist wieder gekommen, in der die Hühner fleischer liegen. Das Ei gehört zu den beliebtesten Nahrungsmitteln. Auf dem Markt sind Unmengen von frischen Eiern und Trüffeln zu haben. Jeder, selbst der Arme, kann für billiges Geld das im Winter teuer zu bezahlende Ei kaufen und es sich, hart oder weich gekocht, je nach Belieben, zu Gemüte ziehen. Auch als Hähnchen gebraten, Rührei oder Spiegelei ist es eine nicht zu verachtende Speise. In wie vielen Variationen kann das Ei in der Küche verwendet werden? Wir wissen es alle. Ein jede Speise kann es geben werden und den Nährgehalt sowie den Wohlgeschmack erhöhen. Es ist ein hervorragendes Nahrungsmittel für Gesunde und Kranke. Das selbstverständliche frische Eier bevorzugt werden, die überall mit dem Namen "Trüffeler" bezeichnet werden, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Um im Voraus zu erkennen, ob ein Ei frisch ist, hält man es nach einer alten Vorrichtung gegen das Licht. Frischgelegte Eier sind hell durchsichtig und zeigen nur eine sehr kleine Luftblase an der Spitze. Je größer die Blase ist und je trüb die Eier erscheinen, umso älter sind sie. Gang undurchsichtige Eier sind sicher ungeeignet zur Nutzung.

Trüffeler! Ist es denn wirklich empfehlenswert, so viele rohe Eier zu trinken? Unsere moderne, von hygienischen Vorstellungen beeinflusste Gesundheitsrichtung weist uns im allgemeinen darauf hin, die Speise in besonderer Weise zuzubereiten, zu kochen oder zu braten. Insbesondere das Eiweiß gerinnt beim Kochen und wird dadurch leichter verdaulich. Trotzdem findet man die Sitte, Eier roh zu verzehren, allenfalls verbreitet. Vielleicht hat hier der Geschmack, über den man bekanntlich nicht streiten soll, ein Wörtchen mitgesprochen. Andererseits gibt es wiederum Menschen, die vor einem ungelochten Ei einen wahren Widerwillen empfinden. Auf jeden Fall ist beim rohen Ei zu beachten, daß das Ei tüchtig geschlagen und gerührt werden muß; denn das Eiweiß des ungelochten Eies ballt sich im Magen zu einem Klumpen zusammen, der nur langsam vom Magenfalt durchdrungen wird.

Eine viel erörterte Frage ist auch die, ob man Eier weich oder hart gekocht genießen soll. Die Volksmeinung besagt, daß Eier im sogenannten "Pflaumenweichen" Zustand am leichtesten verdaulich sind. Eine nähere Prüfung dieser Frage ergibt aber, daß diese Ansicht irrig ist. Genau wie beim Trüffeln, bildet die Speise im Magen einen schleimigen Klumpen, der die Verdauunglichkeit nicht erhöht in Frage stellt. Wird das Ei dagegen vollständig hart gekocht und dann mit großer Sorgfalt kleingeschnitten, so entstehen Tausende von kleinen Partikelchen, die den Verdauungskräften eine so große Angriffsfläche bieten, daß sie in vollkommener Weise verdaut werden. Am bekommliehesten ist also das hart gekochte in sein verteiltem Zustand.

Wie spare ich Gas?

Der Gasmeister ist das gute oder schlechte Gewissen der Haushalte, er zeigt an, ob sie beim Kochen sparsam oder verschwendend mit Gas gehandelt hat. Man braucht folgende Ratschläge:

Gasserd muß sauber gehalten werden, außen und innen. Übergekochte Speisereste können den Brenner verstopfen.

Hauptbahn am Gasometer muß stets ganz offen sein. Teiltweise Schließen verursacht verhinderte Kochzeit und höheren Gasverbrauch. Kleinstellen und regulieren der Flamme erfolgt durch die Höhe am Gaskocher.

Die Flamme des Gaskochers muß stets einen scharf begrenzten gelben Kern haben, ohne beim Kleinstellen zurückzulangen. Bei neuem Kochern wird dies automatisch oder durch Zulässigkeiten erreicht. Besteht man einen älteren Brenner, der noch keinen Unterschied hat, so knickt man einen im Installationsgeschäft oder Küst ihn selbst aus dem Blech einer Konkavendose her, wenn die Flamme zurückblieb oder unkontrollierbar brennt.

Bedeckt der Topf den Rangauhn des Kochers vollständig, so müssen die Rippen des Ringers nach oben gelegt werden. Dann können die heißen Abgase aus den Seitenwänden des Topfes befreien. Kochen auf geschlossener Kocherplatte kostet $\frac{1}{2}$ mehr Zeit und Gas. Sobald Speisen kochen, Flamme klein halten. Meist als Kochen können die Speisen nicht; sie werden bei großer Flamme nicht schneller gar.

Das Gas erst anzünden, wenn der gefüllte Topf auf dem Kocher steht. Die Flamme darf nicht seitlich über den Topfboden hinausragen, sondern muß etwa daumendicke vom Topfrand entfernt bleiben.

Um 1 Liter Suppe zu kochen, sollte man nicht 2 Liter Wasser auf. Auch brauchen nicht alle Gemüse im Wasser zu schwimmen. Es genügt häufig, wenn der Topfboden mit Wasser bedeckt ist; Speisen werden dann schneller gar, man spart Nährwerte und Gas. Man kann niemals ohne Geduld das verfliegende $\frac{1}{2}$ mehr an Zeit und Gas.

Stiele und niedrige Töpfe kosten sparsamer als höhere Höhe. Gleiche Höhe kann man, sobald der Bratpfannen aufeinanderlegen (Turmkochen). Man braucht dann für alle Töpfe nur eine Flamme. Auf solche Weise kann man Wasser zum Abwaschen fast kostenlos erwärmen.

Gashörner sind am besten mit festem Rohr anzuschließen. Das erfordert eine gewisse Sorgfalt und erfordert die Solidität des Gasrohrs. Man sollte sich daran, "Gasparier" von Haushaltern zu kaufen. Man nehme immer den Rat des Gaswerks in Anspruch; es hat das größte Interesse daran, zufriedene Abnehmer zu behalten.

Naumburg. Heute Sonntag findet hierzulast Kirchengemeindetag statt: vormittags $\frac{1}{2}$ Uhr feierlicher Gottesdienst, zu dem auch der trempelige Altkatholik seine Mithilfe freudlich angibt und bei Hauptpredigt prächtig. Da soll ja doch der Herr, auf den ich trau' dienen wird. Nachmittags 4 Uhr wird Kirchengemeindevereinigung im Saal des Kaiserherrn Naumburg. Die Tagesordnung bringt am 1. Siecle einen eingehenden Jahresbericht über das kirchliche Leben Naumburgs. Der Kirchengemeindevereinigung liegt daran, vor der weiteren Differenzierung von ihrer Arbeit zu berichten, und es soll doch auch für jedes Gemeindebezirk gewollt, auf dass das kirchliche Leben zu hören. Hier wird auch der Frage der Kirchenreinigung eingehend Erwähnung gönnt werden. Eine Aussprache über alle Fragen des kirchlichen Lebens soll folgen. Sehr gerne ist Gelegenheit gegeben, seine Wünsche zur Gestaltung des kirchlichen Lebens anzudeuten. Wie wir hören, hat auch der kreisliche Bauausschuß des evangelischen Jungmännervereins Trebbin seine Mitwirkung an dem bedeutenden Tage zugesagt. — Es ist überaus wichtig jeden erwachsenen Kirchengemeinditeil, den Verhandlungen des Kirchengemeindetages zu folgen.

Naumburg. Kommanden Sonnabend bietet sich wieder Gelegenheit, einen roten und vergnüglichen Abend zu verleben. Der Männergesangverein "Großmann" veranstaltet im Goldenen Stern einen humoristischen Abend, der neben Gesangsvorführungen auch die Aufführung des "Haus, das Schrengedrig" hat, wie "regelmäßen" unter Bezeichnung des Original-Volksstückes "Der Geier-Martin" vorzieht. Anschließend an diese Vorführung beginnt der Ball. Es wird gewöhnlich ein langer Abend werden, wobei aus Gründen des Männergesangvereins "Großmann" möglichst eingeladen sind. Da bereits um 7 Uhr Eintritt ist, wird um frühzeitiges Eröffnen gebeten, damit pünktlich um 8 Uhr beginnen werden kann.

3. öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Die Stadtverordneten stimmen der Aufnahme eines Darlehns von 100 000 Mark zu.

(Nichtamtlicher Bericht.)

Naumburg, den 14. Februar 1928.

Die letzte Sitzung unserer Stadtoberenheiten, die unter dem Vorsitz von Herrn Bürgermeister Müller und der Unwesenheit lärmender Herren Stadträte sowie des volldiätigen Kollegiums stattfand, war von längerer Dauer als sonst üblich. Während die ersten Punkte der Tagesordnung rasch erledigt wurden, entwickelte sich bei dem letzten Punkt, Aufnahme eines Darlehns von 100 000 Mk., eine ca. 1½ stündige Debatte mit dem Ergebnis der Zustimmung für die Darlehnsaufnahme. Die Zustimmung wurde von dem Kollegium allerdings schweren Herzens gegeben, da mit der Aufnahme dieses Darlehns natürlich hohe Bedingungen verknüpft sind. Um so freudiger werden über Naumburgs Wohnungslücke und - und daran haben wir bekanntlich keinen Mangel — diesen Beschluss begrüßen, nicht zuletzt aus jeder Naumburger, der an der Entwicklung unserer Stadt regen Anteil nimmt.

1. Sämtliche vorliegenden Baufällen wurden beantwortet. Sie betrafen: a) Hellermann (Errichtung einer Wurfschule), b) Liebst. Schülerräume (Vor einer Gardehaus), c) Stadtgemeinde (Hier wurden die Pläne für die gedachten Häuser in der Wurzener Straße auf dem Maßstab gezeichnet, die dieselbe Ausführung wie bei den zuletzt errichteten Häusern in der Wurzener Straße vorsehen, vorgelegt.)

2. Der Bericht über die Unterlassung des Leitungswassers, die im Wasserwerk, Gartenstraße 26, Leipzigerstraße 7. und Marz 11 stattfand, lautete wieder: das Wasser ist einsatzbereit.

3. Nach langwieriger Prüfung der Stadtkostenrechnungen auf die Jahre 1924 bis 1925 durch den Revisor Preißlich erfolgte jetzt des Kollegiums Abschlußspruch.

4. Von einer Änderung der Unfallversicherung für die Bewerber keine Kenntnis genommen.

5. Dem Gesuch des Herrn Werner Neumann, das mit der Firma Julius Neumann befreundete Passivvermögen wegen eines Feldgrundstückes über ihm übertragen, wurde beantwortet.

6. In der 7. Sitzung des vergangenen Jahres lehnte das Stadtverordnetenkollegium, wie wohl noch erinnert ist, einstimmig den Beschluß, zu verfügen, eine Anleihe von 100 000 Mk. zu günstigen Bedingungen für den Wohnungsbau aufzunehmen und Herr Bürgermeister Müller wurde beauftragt, die erforderlichen Schritte zu unternehmen. Bei der großen Schwierigkeit, Geld zu erlangen, hat sich die Angelegenheit bis jetzt hinausgedehnt und erst in der vorigen Sitzung konnte der Herr Bürgermeister dem Kollegium ein Ergebnis seiner Verhandlungen vorstellen. Danach kann die Stadt Naumburg von der Creditanstalt Sachsen, Gemeinden in Dresden das Darlehen von 100 000 Mk. erhalten, allerdings zu gewissen Bedingungen, denen, wie aus der Aussprache darüber hervies, nicht leichts Herzens zugestimmt wurde. Momentan von Bürgerlicher Seite (Stadt, Müller und Funke) wurden Bedenken über die aufzuhaltenden Zinsen ausgeprägt, obgleich durchaus nicht verkannt wurde, daß der Wohnungsbau entgegengestellt werden müsse. Es wurde auch die Anrengung gegeben, das Geld an Private zu verleihen, um so die Zinsen aufzudringen und den Privatbaubau zu fördern. Hierzu wurde oder von dem Herrn Vorsteher entgegnet, daß das Darlehen nur unter der Bedingung zu erlangen sei, daß es die Stadt zum Häuserbau verwendung und — daß sie jedoch das Geld verbaue. Stadt, Funke sprach nun bedauernd darüber aus, daß den Gemeinden von der Mietzinssteuer nur $\frac{1}{2}$ verbliebe; unsere Stadt könnte sonst von ihren 11700 Mk. Mietzinsneinnahmen bedeutend mehr bauen. Stadtrat Hartelich lud auch diesbezüglich vor, erst einmal Einträge an die Regierung zu machen und nicht unverzüglich zu lassen, um Unterhaltung vor da zu erhalten. Zu letzterem erklärte wieder Herr Bürgermeister, daß jedoch Naumburg auf Grund der industriellen Entwicklung schon viel verbraucht habe, daß aber der Bescheid zu tell geworden sei: Man brauche nichts zu erhöhen, es werden alle Gemeinden gleich behandelt, nämlich sie bekommen alle nichts. Stadt, Weißig sprach für ganz besonders für Unterhaltung des privaten Baumarktes aus, der Mietzins auf die Mietzinssteuer habe. Auch hierzu erklärte Herr Bürgermeister, daß darüber ganz besondere Bestimmungen bestehen. Stadtrat Ebersbach erklärte sich für Ablehnung der Darlehnsaufnahme. Naumburg habe gerade genügend getan und markierte vor anderen grünen Gemeinden, wie z. B. die Gemeinde Grimma, die ganz andere Unternehmen unterschreibt und so auch zu Wohnungen kommt. Stadt, Gräber bot um Zustimmung. Naumburg habe im ganzen Bezirk den grössten Protagonist am Wohnungsbau und die Gemeinde sei gewohnt, etwas zu tun. Bisher seien nur kleine Kredite aufgenommen worden, wodagegen andere Städte große Kosten auf sich nehmen, um den Bedarf an Wohnungen zu verringern. Stadtrat Weißig rechtfertigte vor, daß die Stadt mit dieser Darlehnsaufnahme durchaus nichts verlieren. Die Einnahmen aus den Häusern, Wohnungen haben im vorigen Jahre gegen 1900 Mk. betragen. Diese Einnahmen müssen dem Wohnungsbau wieder zugekommen und könnten zur Deckung der Zinsen verwandt werden. Stadtrat König erklärte auch um Zustimmung. Wenn auf Privatbau gewarnt werden sollte, dann würde das sehr lange dauern, man sehe ja, wie es schon Verboten schwer falle, Geld zu erhalten. Es müsse aber unbedingt Hand aus Werk gelegt werden und er möchte darauf aufmerksam, daß leichten Enden für Gemeinden, die in Not sind, bei der Amtshauptmannschaft ein Fonds besteht, der auch in Anspruch genommen werden könnte. Stadtrat Schmitz stimmte ebenfalls für die Aufnahme zu und zwar von dem Gesichtspunkt aus, daß die Ausgaben nicht zu rechnen sei. Im Gegenteil werden in vier bis fünf Jahren die Preise steigen und es wäre die Möglichkeit vorhanden, daß die Stadt noch ein Darlehen möge. Sofern jedoch der Zins niedriger werden, dann ginge auch nichts verloren, denn dann würden die Mandatarien steigen. Schließlich sprach noch Herr Bürgermeister Müller hierzu und betonte, daß er es begrüßen würde, wenn man das Darlehen aufnehme. Er begründete das damit, daß es die Bevölkerung im Wohnungsbau, die er ganz genau kennt, erfordert, daß es aber auch die Zunahme der Bevölkerung durch die Industrialisierung verlangt. Doch die Stadt verzögert werde, ist ihm schief. Nach dieser rechtlichen Aussprache, von der hier nur das Wichtigste zusammengefaßt wiedergegeben wird, erfolgte die Zustimmung mit dem Ergebnis, daß einstimmig der Beschluß gelegt wurde, das Darlehen aufzunehmen, zu veruchen aber anstelle 7%iger Mandatarien 8%ige zu erhalten, wonach sich dann auch der Gesetz rückt.

Leipzig. (Mißglückter Überfall.) Ein unbekannt gebliebener Täter hat in einem Laden in Leipzig-Connewitz der Ladeninhaberin einen Revolver vor gehalten und hat sie aufgefordert, die Ladentasche abzugeben. Dieser Aufruf erforderte die Frau nicht nachgetragen, sondern, wie der Täter erfuhr, sie war eine alte Witwe, die Hilfe gerufen und darauf ist der Unbekannte schnell verschwunden.

Leipzig. (Ein Kind verbrüht.) In der Wohnung seines Großelterns in Görlitz wurde ein 1½ Jahre alter Knabe verbrüht. Der Kleine hatte mit dem dreijährigen Söhnchen seines Onkels in der Küche gespielt. Die Großmutter des Kleinen nahm einen großen Topf mit kochendem Wasser aus der Röhre, um aufzuwaschen. Dabei ist sie von den spielenden Kindern gestoßen worden, wodurch Wasser aus dem Topf überlief und den Kleinen und die Frau selbst verbrühte. Der Knabe ist bald nach dem Unfall gestorben.

Chemnitz. (Mordversuch.) Der in der Uferstraße 25 wohnhafte 31jährige Schlosser Krusche versuchte seine 45jährige Ehefrau, die ein Filialgeschäft der Gesellschafts- und Molkerei führt, im Nebenraum zur Badestube zu erschießen. Während sich Kundschafft im Baden befand, versetzte er seine Frau mit einem Schuß in die rechte Brustseite schwer, so daß sie sofort ins Krankenhaus übergeführt werden mußte. Der Täter wurde verhaftet.

Falkenstein. (400 000 Mark für Wohnungsbau in Falkenstein.) Die Stadtverordnetenversammlung stimmte in ihrer letzten Sitzung der Aufnahme einer Anleihe von 200 000 Mark für die Durchführung des Wohnungsbauprogramms für 1928 zu. Stadtrat und Bauausschuß planten die Schaffung von 74 Wohnungen und einer Wohnbaracke, wofür insgesamt 400 000 Mark aufzuwenden wären, hiervon sollen 200 000 durch Anleihe aufgebracht werden.

Freiberg. (Ein neues Mitglied der Landessynode.) Zum Mitglied der Landessynode wurde Superintendent Oberkirchenrat D. Lehmann, Freiberg i. Sa., ernannt.

Kamenz. (Erholungsbedürftige Kinder an die See.) Der Bezirksfürsorgeverband wird auch in diesem Jahre wieder erholungsbedürftige Kinder aus der Amtshauptmannschaft Kamenz an der See oder im Gebirge unterbringen.

Lichtenau. (Zu Tode geschleift.) Ein schweres Unglück, dem leider ein Menschenleben zum Opfer fiel, hat sich hier ereignet. Als der 18jährige Sohn des Landwirts Friedrich aus Fraureuth die Pferde seines Gespannes über die Brücke an der Kohlenstraße führte, stürzte er und wurde von den Pferden mitgeschleift und erfuhr eine schwere Verletzung, so daß er in bewußtlose Zustand nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Wagen wurde zerstört.

Reichenbach. (Autounfall.) Beim Überholen mehrerer Fuhrwerke geriet ein aus Berlin kommender neuer Personenkraftwagen auf der Landstraße in Reichenbach ins Rutschen, und der Führer verlor die Gewalt über das Steuer. Das Auto prallte gegen einen Baum, entwurzelte diesen und stürzte dann in den Straßengraben. Der Chauffeur wurde herausgeschleudert und erlitt einen Armbruch sowie innere Verletzungen, so daß er in bewußtlose Zustand nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Wagen wurde zerstört.

Königgrätz. (Strassenlieferung nach Königgrätz.) Die städtischen Behörden haben dem Elektrizitätsverband Gräben die Genehmigung erteilt, unter noch näher festzulegenden Bedingungen für die Folge auch Strom an die bietigen Abnehmer zu liefern.

Königgrätz. (Beitrag zum Lessing-Haus in Kamenz.) Das bietige Radfahrer-Verein veranstaltete am 11. Februar im Goldhof einen wohlg

Dresden. (Das Landeswahlrecht.) Durch eine Zusammensetzung wurde vom Landtag beschlossen, am Donnerstag die sozialistischen und kommunistischen Anträge auf Abänderung des sächsischen Landeswahlrechts zu behandeln. Dieser Beschluss dürfte aber zu Beginn der Donnerstagssitzung wieder aufgehoben werden, da die Koalitionsparteien entschlossen sind, eine Verhandlung der Anträge vor der Entscheidung des Staatsgerichtshofs nicht vorzunehmen.

Bautzen. (Belohnter Lebensretter.) Die Kreishauptmannschaft Bautzen hat dem Zimmermann Friedrich Neumann in Rattwitz, der am 28. Dezember v. J. einen Mann unter eigener Lebensgefahr vom Tode des Attentäters gerettet hatte, für diese mutige Tat eine Geldbelohnung zugestanden.

Dresden. (Die Festnahme einer gewerblichen Betrügerin.) Von der hiesigen Kriminalpolizei wurde die 20 Jahre alte Arbeiterin Frieda Bachmann aus Radeburg wegen umfangreicher Beträgereien, die sie in Dresden und Umgebung ausgeführt hat, festgenommen. Sie erschwindete sich unter den verschiedensten Vorwänden von Personen Darlehen. Wenn ihr der Boden in Dresden zu heiß wurde, verlegte sie ihr Arbeitsfeld auf das Landgebiet. Hier trat sie in Lausa, Sörnewitz, Ober- und Mittelsaida und Radebeul bei Landwirten auf, verdingte sich als Magd und ließ sich den Mietstaler geben. In Wirklichkeit hatte sie gar nicht die Absicht, zu arbeiten, sondern es war ihr nur um die Erlangung des Mietstalers zu tun, den sie sofort im eigenen Ruhm verwendete. Bei ihren Beträgereien legte sie sich die Namen Else Niermer, Bachmann und Pieisch zu. Da die Festgenommene längere Zeit nur von beratigen Beträgerinnen gelebt hat, wird angenommen, daß noch mehr Fälle vorliegen.

Annaberg. (Annaberg als Kongressstadt.) Die sächsischen Bädermeister halten im Juni hier ihren dreitägigen Landesverbandstag ab, auf dem 4000 bis 5000 Teilnehmer erwartet werden. Am 12. August treffen sich in Annaberg die sächsischen Methodisten in einer Stärke von 500 bis 600 Teilnehmern. Da in diesem Jahre mehrere Kongresse in Annaberg abgehalten werden und die häusliche Finanzlage ungünstig ist, beschlossen die Stadtverordneten, daß geplante Heimatfest in diesem Jahre nicht stattfinden zu lassen.

Annaberg. (Brandstiftung.) In der Nacht zum 16. Januar war in Altmannsdorf in einem Bauernhof

ein Brand angelegt worden. Jetzt ist es gelungen, den Brandstifter, der zunächst einen Unbekannten verdächtigt hatte, in einem 22 Jahre alten Schuhmacher aus Treuen zu ermitteln. Der Schuhmacher hat ein Geständnis abgelegt.

Ein jugendlicher Räuber.

Dieser Tage begehrte bei dem Gütsbesitzer Olschlägel, der sich in seinem Gehöft allein befand, ein Unbekannter mit einer Augenmasse Einlaß. Er setzte sofort den Fuß in die Tür. In der einen Hand einen Revolver, in der anderen ein großes Messer, forderte er

Geld oder Leben.

Da der Gütsbesitzer an der rechten Hand gelähmt ist, konnte er sich nicht zur Wehr setzen. Der Räuber drang in das Haus ein, verlangte von dem Besitzer, daß dieser ihn mit der Lampe auf seinem Raubzug durch das Haus begleite. Der Einbrecher durchsuchte dann alle Behältnisse. Als er da kein Geld fand, beschaffte er dem Gütsbesitzer, nach dem oberen Stockwerk vorauszugehen. Unter siekte er Bedrohung mit dem Revolver folgte der Räuber. Als die Durchsuchung von neuem begann, ließ der Gütsbesitzer die Lampe fallen und entfloß in der Finsternis, um Hilfe zu holen. Als diese eintraf, batte der Räuber unerkannt das Weite gesucht. Mittels Polizeihundes gelang es, den Täter in der Person des

16jährigen Kleinknights.

Willi Ewald Hampel festzustellen. Hampel blieb jedoch auf freiem Fuß und war am nächsten Tage verschwunden.

Rab und Fern.

Die Typhusepidemie in Hagen. Nach den neuesten Feststellungen beträgt die Zahl der an Typhus erkrankten Personen 65. Die Zahl der Todesfälle beläuft sich bisher auf 11. Außerdem sind eine große Anzahl von typhusverdächtigen Personen in die Typhusvorlagen eingeliefert worden.

Das Rathaus in Idstein gescheitert. In Idstein stürzte der hinter dem Rathaus stehende hohe Fels mit dem auf ihm errichteten Torbogen und mehreren Gebäuden ab. Das Rathaus wurde schwer beschädigt und ist von völiger Zerstörung bedroht.

Bebedragöde im Weintal. In einem Münchener Weinrestaurant tötete nachts ein 30jähriger Schauspielstudierender aus Lübeck seine Geliebte, eine 32jährige Rechtsanwaltsassistentin, durch zwei Schüsse in den Kopf. Die

beiden, die sich vor einigen Wochen auf einem Künstlerfest kennengelernt hatten, hatten beschlossen, gemeinsam in den Tod zu gehen, da sie sich nicht heiraten konnten. Der junge Mann wurde daran gehindert, seinem Leben ebenfalls ein Ende zu machen.

Tod im Moor im Schwarzwald hat durch eine ortspolizeiliche Vorschrift das Auspuhlen im Schnee auf allen Straßen und Wegen verboten und Zwiderhandelnde mit 150 Mark Geldstrafe oder 14 Tagen Haft bedroht. Die Maßnahme wird mit der Förderung der Gesundheit begründet.

Zusammenbruch eines weiteren Berliner Kreditunternehmens. Die Behörden sind wiederum gegen ein Berliner Kreditunternehmen eingeschritten, das sich allem Anschein nach Kreditgeschäften von beträchtlichem Umfang hat zufolgen lassen lassen. Es handelt sich um die Wirtschaftliche Kreditgenossenschaft G. m. b. H. in der Kanonierstraße 39. Der Stein kam ins Rollen, als eines Tages die Anzeige eines sich gleichzeitig fliegenden Kreditsuchers bei der Staatsanwaltschaft eintrief. In der Anlegenheit sind bereits mehrere Personen verhaftet worden.

Baileoneinsturz während der Trauung. In Preßburg fand eine Haustrauung auf einer Veranda statt, die aber zusammenbrach, als 16 Gäste während des Ceremoniells daraufaufrasten. Einige von ihnen wurden schwer verletzt, Bräutigam und Braut blieben aber unverletzt.

Blutige Zwischenfälle bei einer Steuerregulation. In der Ortschaft Barla bei Sošnovice kam es zu blutigen Zwischenfällen, weil zwei jüdische Besitzer von kleinen Geschäften sich der Steuerregulation mit Gewalt entziehen wollten. Der Gerichtsvollzieher wurde von einer Menge jüdischer Einwohner in einem Geschäft gefangen gehalten, um ihn an der Durchführung seiner Obliegenheiten zu hindern. Polizei muhte mit der blauen Waffe vorgehen, um den Gefangenen zu bestreiten.

Kirchennotizen Naunhof.

Sonntag Elternabend, 19. Februar 1928.

Kirchengemeinde

10 Uhr Kinderopferabend in der Kirche. 1/2 11 Uhr feierlicher Gottesdienst. Kirchenmusik. Nachm. 4 Uhr Kirchengemeindeversammlung im Saal des Rathauses.

Vorstandsr. Schreiber Robert Günz. Druck und Verlag: Otto Mai, Naunhof.

Stern-Lichtspiele

Freitag und Sonntag

Ein Zeitschrift aus Deutschlands schweren Tagen.



"Der Katzensteg"

Nach dem gleichnamigen berühmten Roman von Hermann Obermann.

Kriegssabat - Volksauftritt - Verrat, heilige Halle Selbstausplörung u. Treue sind die starken Merkmale dieses imposanten Filmwerkes. Es war im Jahre 1807. Die Schlacht von Preußen-Enslau war unter großen Verlusten der Preußen und Franzosen geschlagen. Rechte besaßen das im dörflichen Schloß liegende Schloß Schramberg, dessen Schlossherr, Baron von Schramberg, die Preußen an die Franzosen durch eine Magd verriet, wodurch die völlige Niedermachung der in Schramberg verbliebenen vertriebenen und dort sich zusammenfindenden Preußen geschah. Die Folgen für den Verräter, seine Magd und seinen ehrenhaften, tapferen, völlig unfehlbaren Sohn waren furchtbar und bildeten ein herzerwärmendes Drama.

Außerdem:

-Verließ' dich nicht in einem Filmstar!

Amüsantes Lustspiel in 2 Akten

-Die Deutlich-Wochenschau.

Ansang Freitag 7 und ca. 19 Uhr
Sonntag 1/2 u. ca. 1/2 Uhr

Am Sonntag nachmittag 1/2 Uhr

Gr. Familien- u. Kinder-Vorstellung

-Der Kindesretter

Großes Wild-West-Drama mit dem berühmten Cowboyst Fred Thomson und seinem Wunderpferd "Silberdrache" in der Hauptrolle. Dazu als Beiprogramm:

-Obiges Lustspiel und -Die Deutlich-Wochenschau.

Prima Mastkalbenfleisch,
hausgeschlachte Wurstwaren

empfohlen

Fleischerei Robert Kunze

Inh.: Clara verw. Kunze.

Männergesangverein

"Frohsinn"

Sonnabend, den 18. Febr., im gold. Stern

Humor-Abend mit Ball.

Um zahlreichen Besuch bitten

Einlaß 2 Uhr. * * Anfang 8 Uhr. * * Ende?

Restauration

Zur Linde Köhra.

Sonnabend, d. 18. Febr.

Sonntag, den 19. Febr.

Bockbierfest mit Bratwurstschmaus

Dozu laden fröhlich ein Arthur Wiegert & Jean.

Morgen

Schlachtfest!

9 Uhr Wellfleisch,

frische Bratwürste.

Paul Kaufmann,

Bahnwirksstrasse 16.

Hölle am Sonnabend, d. 18. 2.

vormittag mit

Fohlenfleisch auf dem Marktplatz.

Frau Schütte.

= Frau =

2-3 mal wöchentlich

zum Kontor reinigen gesucht

Gebr. Funke.

Gesucht werden hier ob. Umg.

ein großes oder 2 kleinere leere Zimmer.

Angebote mit Preisangabe

unt. „E. N.“ an die Eg. d. Bl.

Annonsen

für alle Zeitungen

vermitteln zum Originalpreis

Nachrichten f. Naunhof.

Gelber

Rehpinscher

(Stopo) entlaufen.

Müller, Waldstraße 21.

Bahnwirtschaft Naunhof.

Morgen Freitag

Schlachtfest.

Von vorm. 1/2 11 Uhr an Wellfleisch.

Abends die bekannten Schlachtfestspezialitäten.

M. Koch.

Hotel „Stadt Leipzig“

Sonnabend, den 18. Februar 1928

großer bunter

Solistenabend

Einen genugreichen Abend versprechend, lädt ganz ergebnisfrei ein Paul Winkler.

Restaurant „Eintracht“

Sonnabend, den 18. u. Sonntag, den 19. Febr. 28

Bockbierfest

Gute Unterhaltungsmusik.

Otto Stok und Frau.

Zurnverein Naunhof

Königsfahrt betr.

Der Zeltbeitrag in Höhe des Vorzugspreises von 6.50 Mk. ist bis 22. d. M. an unseren Vereinspräsidenten abzuhüllen. Für Teilnehmer, die diesen Termin nicht einhalten, erhöht sich der Beitrag auf 7.50 Mk. D. B.

Wer ist leidend?

Langjährige Erfolge durch Urinuntersuchungen zur Feststellung von Krankheiten!

Apost. Ulmer, Leipzig Promenadenstr. 16.

Deutschlich schreiben

Dem Deutschen Pfleife, draus rauh, hinfleckend, drei Reite.

Damit in und Kirche.

Wo der kann.

Natürlich in jedem Sie mich ber.

Und der wissen das erwarten.

„Und hier Mensch an.

„Ist er leben lassen.

„Das ist machen.“ p. nach Sohne.

Über Sohne stelle ich in Ihren an.

„Herr De.“

„Ich weiß mich vollkommen.“

„Doch G.“

„Der G.“ besser aufzugeben.

„Wolige Kra.“ auf in Großem Hofmann.

„Die Hände.“ A.

SLUB
Wir führen Wissen.

Mönchbräu Neu! Neu!

aus der Exportbierbrauerei Mönchbräu U.-G.-Münchberg liefern wir in 1/2 Liter-

Glasflaschen frei Haus Naunhof und Umg. 1/2 Liter Bier. Exportbier hell und dunkel

pro 1/2 Liter-Glasflasche Mf. - .50 frei Haus!

Cophons oder kleine Gedrindje nach Wunsch.

Biervertriebsgesellshaft Geißler & Co., Leipzig, Glockenstraße 7, Telefon 16329.

Auslieferung Naunhof:

Spezialgeschäft Robert Mai, Kaiser Wilhelmstr. 17 Telefon 242

m Künstlerfest
einsam in den
en. Der junge
ebenfalls ein

Die Gemeinde
eine ortspoli-
tische auf allen
handelnde mit
bedroht. Die
gesundheit be-

Kreditunter-
gen ein Ver-
schafftlichem Um-
welt sich um
d. h. in der
en, als eines
nden Kredit-
In der An-
nen ver-

In Preßburg
kott, die aber
Zeremonielle
hier verlebt.

Reaktion. In
zu blutigen
n kleinen Ge-
alt entziehen
de von einer
hrung seiner
mit der bla-
befreien.

feindlicher Gottes-
versammlung im

z. Soz. Naunhof.

unhof.
ttag

tfest.
an Wurstfleisch.
pezialitäten.

A. Koch.

ipzig"

928

id
ladel ganz
Paul Winkler.

achtt
den 19 Febr. 28

rfeßt

auf.

frau.

→

Schreiben

ing eines In-
derung, weil
sichtlicher en-
er Zweck der
en geht. Wir
gut leidlich
Seite des Pa-
ben. Für die
erphonisch auf-
seitige über-
eine Garantie

elle der
ir Naunhof.

→

neu!
Vater-
dunfel

16329

fen242

Beilage zu den Nachrichten für Naunhof

Nummer 21

Donnerstag, den 16. Februar 1928

39. Jahrgang

Das Erbrecht vor dem Sächsischen Landtag.

(6. Sitzung.) OB. Dresden, 14. Februar.

Der Landtag nahm in seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwurf über einen Gebietsaustausch mit dem Land Thüringen in Schlussberatung an. Dann wurde beschlossen, dass die Regierung zu ersuchen, durch Verhandlungen mit dem Freistaat Thüringen auf eine befriedigende Regelung der finanziellen Verhältnisse der bisher sächsischen Gemeinden während der Übergangszeit hinzuwirken. Weiter steht zur Beratung der Gesetzentwurf über die

Auslösung der Familienanwartschaften.

Ministerialrat Dr. Schreyer erklärt namens der Regierung u. a.: Der vorliegende Entwurf stimmt mit den früheren Entwürfen in seinen wesentlichen Grundzügen überein. Es sind nur einige Änderungen vorgenommen worden. Da die Vorschrift im Artikel 105 der Reichsverfassung "Die Fideikommissien sind auszulösen" auch für die sächsischen Familienanwartschaften gilt, kann nicht zweifelhaft sein, dass die Auflösung befreit die Befreiung der reelligen Gebundenheit der Fideikommissien und ihre Überleitung in das freie Eigentum des daraus Berechtigten. Die Regelung der Auflösung wurde es also zum Ziel setzen, auch der Interessen der übrigen Beteiligten und weiterhin dem wirtschaftlichen Interesse gerecht zu werden. Dementsprechend enthält der Entwurf Vorschriften zum Schutz aller dieser Interessen. Der Entwurf sieht zwei Auflösungsarten vor: Die freiwillige Auflösung und die Zwangsauslösung. Den weiter zur Beratung stehenden

Gesetzentwurf über das Anerbenrecht begründet Wirtschaftsminister Krug von Ridda und von Hollenstein. In der jetzigen Agrarfrist liege der Grund, weshalb der Begriff der geschlossenen Güter erhalten werden sollte. Aus der Verschuldung der Güter ergibt sich, dass, wenn Sachsen seine glückliche Verteilung des Grundbesitzes erhalten wolle, ein Einschreiten der Regierung notwendig sei. Das sei der Grund der Vorlegung des Anerbenrechts. Auch in Sachsen habe sich die Gewohnheit herausgebildet, dass die Güter schon bei Lebzeiten des Besitzers zu einem festgesetzten mäßigen Preis an den Nachfolger unter der Bedingung des Auszugs überlassen werden. Aus dieser Tatsache sei auf eine Art Anerbung sicher zu schließen. Der vorliegende Entwurf solle diese Anerbesteuer gezielt festlegen, und zwar obligatorisch. Der Redner tritt für eine weitgehende Schonung der Interessen der Anwärter ein. Mit Rücksicht darauf, dass in Industriegegenden kein Interesse für das Anerbenrecht vorliegt, dürfte sich vielleicht eine facultative Einführung empfehlen. Er persönlich sei für ein obligatorisches Anerbenrecht. Bedenklich sei für Anwartschaftsbereiter die hohe Vergütung von fünf Prozent an die Mittern. Er wunderte sich über die ablehnende Stellung dem Gesetz gegenüber, das doch verbünden wolle, dass sich das Kapital an Stelle des alten Bauernstandes setze.

Abg. Dr. Wagner (Dtu.): Die Volkswirtschaft habe kein Interesse daran, dass der leistungsfähige Großgrundbesitz zerstört werde. Der gegenwärtige Zeitpunkt sei für die Durchführung des Gesetzes über die Auflösung der Anwartschaften ungünstig. Die jetzige Vorlage bringt gegenüber der früheren unerwünschte Verbesserungen.

Abg. Dr. Neu (Dtu.): Prinzipiell sei der Vorlage über die Familienanwartschaften zuzustimmen. Nur bringt sie eine ganz einseitige Begünstigung der gegenwärtigen Fideikommisbesten. Die Vorlage müsse gründlich umgestaltet werden, wenn sie die Zustimmung auch seiner Partei finden sollte. Die Begründung des Anerbenrechts sei nicht einwandfrei.

Abg. Dr. Wilhelm (Wirtschaftspartei) erklärte die grundfähige Zustimmung seiner Partei zu den beiden Fragen.

Abg. Dr. Dehne (Dem.): Für die Entscheidung seiner Partei werde nur das volksökonomische Interesse maßgebend sein.

Abg. Schlaubach (Dtu.) erklärte, die gegenwärtige Not des Bauern bringe zur Annahme der vorliegenden Gesetze, und zwar müsse das Anerbenrecht obligatorisch eingeführt werden.

Abg. Renner (Komm.): bezeichnete die Entscheidung der Großgrundbesitzer als das richtigste.

Abg. Betsch (Altsoz.): Seine Partei werde beiden Vorlagen zustimmen.

Beide Vorlagen werden hierauf an den Rechtsausschuss verwiesen.

In gemeinsamer Beratung wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung einer sächsischen Landesbrandstiftung vom 20. Juli 1925 und ein

komunistischer Antrag auf Bereitstellung von Mitteln für die Schulden der Kogenrentenbank beschlossen. Der Gesetzentwurf stand nach kurzer Aussprache Annahme. Der kommunistische Antrag wurde abgelehnt.

Endlich gelangte zur Schlussberatung ein sozialdemokratischer Antrag dar, die Erhebung einer Steuer vom reinen Bodenwert und die Heraufsetzung der Grenze für das steuerfreie Einkommen.

Die namentliche Abstimmung über diesen Antrag soll in der nächsten Sitzung stattfinden, die am Donnerstag, den 16. Februar festgesetzt wurde. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die sozialdemokratischen und die kommunistischen Anträge auf Änderung des sächsischen Landtagswahlgesetzes.

Die Arbeit der Landesausschüsse.

Im Haushaltsausschuss A des Sächsischen Landtages wurde die Beratung über einige Anträge betr. Hilfsmaßnahmen für die sächsische Landwirtschaft fortgesetzt. Die Regierung hat über dieses Gebiet eine Denkschrift vorgelegt, in der die mannigfaltigen Hilfsleistungen, die wegen der ungünstigen Witterungsverhältnisse der letzten Jahre notwendig waren, dargestellt werden. Nach längerer Aussprache wurden die kommunistischen und deutschnationalen Anträge abgelehnt, weil sie durch die Regierungserklärungen als erledigt bezeichnet wurden.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Voigt legte einen Antrag vor, nach dem die Regierung erachtet werden soll, dass sie für die Sicherung der Volksversorgung auf ein Mindestmaß beschränkt wird. Die Abstimmung wurde ausgestellt.

Die sächsische Gesandtschaft in München.
Ferner notwendig oder nicht?

Wieder einmal ist ein lebhafter Streit um die Frage entbrannt, ob die sächsische Gesandtschaft bei den süddeutschen Staaten mit dem Sitz in München weiter aufrechterhalten werden soll. Neu ist ja dieser Streit nicht, schon in der Vorkriegszeit gab es ähnlich wie bei den Staatsdebatoren Auseinandersetzungen hierüber. In der vordersten Linie der Kampffront stand damals gewöhnlich der Abgeordnete der sozialdemokratischen Volkspartei Günther, der seinen Standpunkt auch als demokratischer Abgeordneter im neuen Landtag, solange er diesem angehörte, nachdrücklich verfocht. Heute ist der Streit wieder durch die Neubesetzung des Postens mit dem Legationsrat erster Klasse Dr. Erich Gottschald aktuell geworden. Als



Dr. Erich Gottschald, der neue sächsische Gesandte in München.

sich unter der Ministerpräsidentschaft Seigners die Beziehungen zwischen Sachsen und Bayern so schlecht gestaltet, dass kaum noch ein bundesstaatliches Verhältnis existierte, verwarf sie auch der Münchener Gesandtenposten.

Nach dem Sturz Seigners ging dann Geheimrat Schmidt nach München, und als er starb, vertrat provisorisch Dr. von Graashaar sein Amt. Mit der Berufung Dr. Gottschalds ist nun mehr die Stelle wieder endgültig besetzt worden. In den Reihen der Gegner der Gesandtschaft, die weit über die Sozialdemokraten und Demokraten hinausreichen, betont man, dass in der Republik und im Zeichen der Verfassungs- und Verwaltungsvereinfachung die Aufrechterhaltung des Münchener Postens nicht mehr zeitgemäß, ja sogar ein politischer Unzug sei.

Die Gegner berufen sich besonders auch auf die Schlesische Denkschrift zur Verwaltungsreform. Dort wird gesagt: Die Erfahrungen der letzten Zeit haben bestätigt, dass die sächsische Vertretung bei den süddeutschen Staaten manche nicht zu unterschätzende Vorteile bringt. Zumal in einer Zeit, in der die Neugliederung des Reiches und eine gesamtdeutsche Verwaltungsreform im Vordergrund des Interesses stehen, ist es wertvoll, über die Stellung der süddeutschen Staaten zu diesen Fragen laufend unterrichtet zu werden. Eine Notwendigkeit, die Gesandtschaft in München auf die Dauer aufrechtzuerhalten, besteht nicht.

Während sich die Gegner der Gesandtschaft auf den Schluß der Schlesischen Säule berufen, weisen die Befürworter mehr auf den Anfang hin. Es ist ja zugesehen, dass die Weiterdauer der Münchener Einrichtung mancherlei Vorteile bringt, auch in wirtschaftlicher Beziehung. Und es wird gerade in dieser Zeit der Aussprache über die Verfassungsreform nicht vom Abstand sein, wenn die sozialdemokratische Regierung und auch die übrigen süddeutschen Regierungen auf dem Wege über die Gesandtschaft mindestens nähere Rücksicht nehmen. Aber es kann natürlich auch die Frage erheben werden, ob sich in der Zeit des Schnellzuges und des Telephones nicht auch andere Möglichkeiten dafür bieten.

Die sächsische Regierung hat fürztlich darauf hingewiesen, dass es auch Preußen keine Gesandtschaft in München weiterbestehen lasse. Dieses Argument hat nun allerdings stark an Wert verloren, seit der Haushaltshausschuss des Reichstages beschlossen hat, die Gesandtschaft des Reiches in München als "künftig wegfallend" zu bezeichnen. Man dürfte sich kaum in der Annahme täuschen, dass bei den bevorstehenden Staatsverhandlungen im Sächsischen Landtage für die Gesandtschaft in München ein ähnlicher Beschluss gefasst werden könnte. Aber auch die Möglichkeit ist vorhanden, dass man zur Streichung des Postens kommen wird.

Berausichtliche Einigung zwischen den sächsischen Koalitionsparteien.

Die zur Beilegung der zwischen der Volksrechtspartei und der Wirtschaftspartei entstandenen Meinungsverschiedenheiten eingesetzte Kleine Kommission der Regierungsparteien trat im Landtag zusammen. Es wurde zunächst über die Stellung der Volksrechtspartei auf Aufhebung der Abfahrungsverordnung in der Wohnungswirtschaft für Chemnitz beraten. Nach längeren Verhandlungen gelangte man insoweit zu einer Einigung, als von allen Parteien anerkannt wurde, dass sich in Chemnitz wie auch in anderen Orten bei der Polderungsverordnung erhebliche Mißstände ergeben haben, deren Beseitigung notwendig ist.

Späterhin verhandelte die Kleine Kommission über die Stellung der Wirtschaftspartei auf Erhöhung des Hausbesitzanteils um 4% Prozent aus der gesetzlichen Miete. Zu einer Einigung über diesen Punkt ist man noch nicht gelangt.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen.

Sehr geringe Veränderungen.

Die sächsische Wirtschaft zeigt am Anfang dieses Jahres ein ähnliches Bild wie im Vorjahr: einen gegenüber dem Jahresdurchschnitt des vorangegangenen Jahres im ganzen abgeschwächten Beschäftigungsgrad, erholt Börseinfälle, gestiegerte Flüssigkeit des Geldmarktes und einen im allgemeinen nicht ungünstigen Auftragsbestand. Auch das Bild der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt ähnliche Züge: eine frühzeitig eingeschlagene, wenn auch noch langsame Erholung von der Saisonwelle des rasch und stark gestiegenen

Sohr der Knecht

ROMAN von ARNO FRANZ
URHEBERRECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(17. Fortsetzung.)

„Dem Voigt sein Kopf — das war ein Kopf! Den auf der Pfeife, Herr Kirchbaum, und Sie könnten Schießpulver draus rauchen. Aber es gibt noch mehr solcher Köpfe auf Hinterkopf. So die richtigen Bauernköpfe: immer durch drei Meter Steinmauer sind 'ne Kleinigkeit.“

„Damit meint er mich, der Lümmel“, dachte Frau Roden und Kirchbaum fragte: „Ist Vater auch so?“

„Wo denken Sie hin, Herr Kirchbaum. Ich kann Wachs sein in Ihren Händen, welches, zartes Bienenwachs.“

„Kann,“ wiederholte Kirchbaum.

„Natürlich kann, verehrter Herr Kirchbaum. Das steht in Ihrem Belieben. Wie Sie mich haben wollen, so können Sie mich bekommen.“

Und der Fuchs wibbelte den Röter. — „Berthe! Sie wissen das ganz nett voraus machen, was Sie von mir erwarten.“

„Und Herr Kirchbaum scheint kein ganz unzugänglicher Mensch zu sein.“

„Ist er nicht, durchaus nicht. Immer hübsch leben und leben lassen.“

„In den Grenzen des Möglichen.“

„Das ist der einzige vernünftige Grundriss, Geschäfte zu machen,“ pflichtete Herr Kirchbaum bei und erkundigte sich nach Sohnes Bedingungen.

„Über Sohr will ich aus. „Bedingungen,“ gab er zur Antwort, „die stelle ich nicht. Ich sage Ihnen: Ich kann Wachs in Ihren Händen sein. Es kommt ausschließlich auf Sie an.“

„Herr Voigt war immer aufzureden mit mir.“

„Ich weiß es und werde es sicher auch sein und verlasse mich vollkommen auf Ihre Ehrlichkeit.“

„Wie! — Ehrlichkeit?“

„Über Einsicht und Noblesse, wenn Ihnen die Ausdrücke besser zusagen. Ich bin nämlich vorläufig nur während Sohrs Krankheit vertretungsmäßig vom Rodenschen Rittergut im Großsteinau herüberbeordert worden, weil hier außer dem Holzmeister überhaupt niemand richtig Deutsch reden kann. Die Rittergutsbesitzer Herrin braucht nur Deutsche mit Händen: Köpfe mit Inhalt sind hier nicht nötig. Bis zur

Belegschaft. Ich weiß infolgedessen auch nicht, wieviel er selbst an dem Verkauf für sich lösen wollte.“

„Hier, bis fünfhundert Mark sollten abschaffen.“

„Frau Roden hielt sich am Fensterkreuz fest.“

„Und die hätten Sie ihm auch gezahlt.“ fragte Sohr lächelnd ohne Interesse.

„Bin ich ein Ganove!“ entrüstete sich Kirchbaum. „Ich hab' ihm schon mehr bezahlen dürfen wie fünfhundert Mark.“

„Das wollt' ich nur hören, Herr Kirchbaum. Besten Dank.“

„Wie heißt!“

„Also nun passen Sie mal gut auf,“ und Sohr lehnte Herren Kirchbaum das Folgende auseinander. „Voigt ist tatsächlich nicht verhandlungsfähig. Das Verd. das ihn geschlagen hat,

Herr Kirchbaum rückte ängstlich auf seinem Sitz nach links und Frau Roden deutete sich aus dem Fenster, um kein Wort zu verlieren, das da unten gesprochen wurde.

„Ich glaube, Ihnen einen Dienst damit erwidern zu haben, Herr Kirchbaum!“

„Wir? Einen Dienst! — kam es entgeistert von dessen zuckenden Lippen — sind Sie melancholisch? Einen Dienst, mir — wenn Sie einen Menschen verhandlungsfähig schlagen?“

„Man hätte Voigt und Genossen ja auch verhaften lassen können — wegen Betrug zum Beispiel oder wegen Diebstahl — er trug nämlich auch Betreide zur Hintertür hinaus — oder wegen Unterschlagung und anderer Dinge. Sie wissen doch, was solche Prozesse für Staub aufwirbeln und was die Gerichte da noch alles für Nebenbestrafte herausknüpfen, wie beispielsweise: Bestechung, Hehlerei und was weiß ich noch alles. Und da die Gerichte nicht mir nichts, dir nichts urteilen, sondern erst prüfen, und in der Regel auch schauderhaft gründlich prüfen — die sind so lobhaft neugierig und wollen jeden Dreck wissen — hätten Sie sich ganz bestimmt auch bei Herrn Kirchbaum erkundigt. Na und ob das ...“

„Gott soll schlafen!“

„Der wird sich hüten, Herr Kirchbaum, vorläufig habe ich geschaut. Aber nicht umsonst. So menschenfreundlich bin ich nicht.“

„Sie werden mich erkennlich finden!“

„Ich hoffe es!“

„Über kommen Sie, wir wollen uns

Angebots. Vom 15. Januar bis 1. Februar 1927 war die Zahl der unterstütteten Erwerbslosen um 7019 auf 200026 zurückgegangen, in diesem Jahre im gleichen Zeitraum um 13233 auf 129202. Es ist also nicht nur das Gesamtniveau niedriger wie im Vorjahr, sondern auch der absolute Rückgang erheblicher, so daß die Erholung in diesem Jahre relativ wesentlich günstiger erscheint wie 1927.

Der Gesamtbestand an unterstützten Erwerbslosen erscheint gegenüber den Herbstmonaten des Vorjahrs immer noch sehr beträchtlich. Es ist jedoch zu beachten, daß die Lohnarbeiter im Hochbau- und Tieflandgewerbe, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Baustoffen- und Steinindustrie und im Verkehrsgewerbe erst im bescheidenen Umfang wieder aufgenommen werden konnten. Vielleicht besteht auch die Möglichkeit, daß die verhältnismäßig noch immer hohe Sizier der Unterstützten einen reinen Versicherungsvorgang, eine Abwälzung des bisher anderweitig getragenen Risikos der Winterarbeitslosigkeit auf die Arbeitslosenversicherung darstellt. Es ist daher nicht ohne weiteres angängig, aus der absoluten Zahl der Unterstützten auf die Wirtschaftslage zu schließen. Wichtiger ist die Tatsache des oben berichteten Rückgangs im Stande der Unterstützten, der für die Entwicklung der Kaufkraft des inneren Marktes bedeutungsvoll erscheint.

In der Textilindustrie und in der Metallindustrie ist ebenfalls die Nachfrage nach Arbeitskräften etwas schwächer geworden, in der Holz-, Fahrzeugs- und Bekleidungsindustrie ist sie in einigen Branchen etwas gestiegen, im ganzen ist die Bewegung ruhiger geworden. Zugang und Abgang halten sich auf der Seite des Angebots ziemlich die Wage.

Die Deckung der Nachfrage bereitet in der Industrie und im Gewerbe im allgemeinen keine Schwierigkeiten. Die Nachfrage nach jugendlichen und weiblichen Arbeitskräften ist zwar stellenweise nicht sofort zu decken, es vollzieht sich hier jedoch leichter eine gewisse Anpassung des Bedarfs an das noch reichlich vorhandene Gesamtangebot und umgekehrt als in der Landwirtschaft und im Steinkohlenbergbau, wo die Nachfrage trotz aller Bemühungen aus dem inneren östlichen Markt nicht gedeckt werden kann. Versuche, auf dem Wege des zwischengebietlichen Arbeitsmarktausgleichs das Angebot zu steigern, sind vom Landesarbeitsamt aufgenommen worden.

Milchpropaganda in Sachsen.

Der Sächsische Landesmilchausschuß hat eine Kopie des Trickfilms "Hanschen Rettung" angekauft. Der etwa 100 Meter lange Film eignet sich besonders für die Schulpropaganda. Er zeigt, wie ein unternehmerischer Junge durch die Schulumspielung zu einem munteren, fleißigen und kräftigen Schüler wird. — Der Film wird gratis verliehen. — Ferner stehen aus dem bekannten großen Milchfilm "Die Milch, eine Quelle der Volkstrauft" drei Auszüge zur Verfügung: 1. Die Verarbeitung der Milch. 2. Die Milchbildung im Küter. 3. Die Verarbeitung der Milch zu Butter und Käse. Die Filme sind jeder für sich vollständig abgeschlossen, haben je eine Länge von 300 bis 500 Meter und kosten 15 Mark pro Film und Vorführung. Die Filme sind als "Lehrfilme" anerkannt und können deshalb freier öffentlich vorgeführt werden.

Zur Unterstützung der Vortragstätigkeit, besonders bei den örtlichen Ausschüssen, hat der Reichsmilchausschuß einen Platz für eine Schriftreihe aufgestellt. Diese wird systematisch das gesamte weite Gebiet der Milch und ihren Ergänzungen, insbesondere von Butter und Käse, behandeln und gemeinsam gehalten sein. Namhafte Fachleute sind Mitarbeiter. Als erstes Heft erschien soeben "Etwas über die Milch und ihren Verbrauch" von E. Schoch. Preis des Hefts 20 Pfennig.

Als neuestes Werbemittel hat der Sächsische Landesmilchausschuß fürzlich Rezeptkettchen in fünf verschiedenen Sorten in Halbdauergröße herausgegeben, die eins ein Werbedenkmal und reicht vier vorzügliche, ausprobirte bürgerliche Rezepte für Milchspeisen enthalten. Preis für 1000 Ketten 3,25 Mark ab Dresden. Sämtliche Filme, Druckschriften sowie Werbematerial aller Art sind ausschließlich beim Sächsischen Landesmilchausschuß, Dresden-R, Gr. Meißener Straße 15, anzufordern.

Triptyk für die Tschechoslowakei gelten ein Jahr!

Den jahrelangen Bemühungen der Vereinigung Deutscher Radsporthverbände, die als erste den Grenzvertrag mit der Tschechoslowakei auf Grund eines Vertrages mit der tschechischen Radabteilung wiederherstellte, ist es nunmehr gelungen, die Gültigkeitsdauer für einen

Grenzchein von sechs Monaten auf ein Jahr auszudehnen, und zwar laufen alle Triptyk generell mit dem 31. Dezember jeden Jahres ab.

Diese erreichte Vergünstigung der V. D. R. V. stellt eine wesentliche Erleichterung dar und wird besonders von den an der Grenze wohnenden und in Böhmen beschäftigten, ihr Rad zu ihrer Arbeitsfähigkeit benutzenden Mitgliedern der Anschlußverbände der V. D. R. V. sehr begrüßt werden.

Sohr der Knecht

ROMAN von ARNO FRANZ
URHEBERRECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(18. Fortsetzung.)

"Krieg ich den Weizen, Herr Sohr?"

"Wenn er ausgedrochen ist, ja, vorausgezehrt, daß Warburg kommt und Sie einen Preis bezahlen, den man auch unter Brüdern laut nennen kann."

"Auf Wort und Handelsklaus?"

"Auf Wort und Handelsklaus!"

"Dann steigen Sie ein."

Sohr setzte sich zu Kirchbaum in den Wagen und beide fuhren zu Warburg.

Krau Naden sah das Wägelchen davonfahren und am Ende der Allee verschwinden.

Wie war ihr denn?

War denn nicht eben jetzt etwas Unmögliches geschehen? Hatte sie nicht eben Ohrenfeuer empfangen, links und rechts, und daß ihr Hören und Sehen vergangen?

Sie verlor die Ordnung in Denken und Fühlten zu bringen. Es gelang ihr nicht. Soigl. Sohr, Kirchbaum, Warburg, Dienststahl, Habsburger, Betrug, Unterdrückung, Staatsanwalt, Grauen, Enttäuschung, Beschämung, Ekel und Hochachtung — das verbreitete in Herz und Hirn zusammenhanglos durcheinander. Das Gespräch der beiden da unten hatte sie nem gemacht, daß sie vor sich selber Angst bekam. Sonderbar — nur vor sich selber, vor der Zukunft empfand sie keine mehr. Da war ja einer, der wußte sich hinein in die Zukunft, die bisher immer nur wie eine dunkle Wand vor ihr gestanden hatte. Ichlus Breche und hinter der Wand schien die Sonne. Aber daß es gerade der war, der sonst immer beiseite stand, der niemanden lachte und niemanden an sich heranließ, der ein Knecht war und doch keiner war, daß nicht Soigl das konnte, was dieser andere konnte, der ihm unterstellt war, und daß sie es nicht selber konnte, sie die Herrin, das war beschämend. Und daß dieser eine sich nicht anbot, gar nicht fragte, einfach hingang, den anderen ins Gesicht schlug, sie zur Seite klopfte, als ob sie Lust sei und handelte, das war das Niederdrückende. Das traf sie mehr wie Volgts Vertrauensbruch. Ihr war, als ob auch sie geschlagen worden sei, als ob ihr keine Faust im Nacken läge und sie zu Boden zwänge. Der Knecht die Herrin!

Lohnschwierigkeiten in der Oberlausitzer Steinindustrie.

Nachdem im Verlauf der vergangenen Woche die Steinmehlen der Steinschleifereien ihren Arbeitsstau geändert und Verhandlungen gefordert hatten, sandten in Löbau zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern Tarifverhandlungen statt, die jedoch scheiterten. Die Arbeitnehmer lehnten die von den Arbeitgebern vorgeschlagenen Mindeststundenhöhe: 74,5 Pf. für Steinmehlen, 69,3 Pf. für Schleifer und 60,0 Pf. für Hilfsarbeiter ab. Die Aufforderungen sollten um 5 Prozent mit Ausnahme der gespülten und gesprengten Arbeiten erhöht werden. Durch diese Ablehnung ist damit zu rechnen, daß der Löbautarifschaffter Formen an nimmt, sobald die von den Arbeitgebern ausgesprochenen Kündigungen abgelaufen sind.

Deutschland-Westindien

Die Verkehrsbeziehungen, welche die Hamburg-Amerika Linie seit Jahrzehnten in intensiver Weise von Hamburg aus nach westindischen Häfen pflegt, erfahren in diesem Jahre wiederum eine bedeutende Verbesserung. Gegenwärtig sind für die genannte Reederei auf deutschen Wegen zwei Passagier- und Frachtmotorschiffe "Orinoco" und "Magdalena" in Bau, die nach den großen südamerikanischen Strömen Rio Orinoco und Rio Magdalena benannt sind und in den nächsten



Das neue Passagier- und Frachtmotorschiff "Orinoco" der Hamburg-Amerika Linie ist am 7. Februar 1928 von Stapel gelassen und wird im Frühjahr in den Dienst Hamburg-Westindien eingestellt.

Monaten in Dienst gestellt werden. Damit wird einem Verkehrsbedürfnis Rechnung getragen, das besonders in den letzten Jahren sowohl in heimischen als auch westindischen Handelsstraßen, nicht minder aber auch von denjenigen Reiseflüchten stets stärker empfunden wurde, welche die westindischen Länder als dankbares Reise- und Touristenziel schätzen. Ein deutliches Zeichen, welches Interesse die Regierung von Venezuela der Fertigstellung dieser Schiffe entgegenbringt, ist die Taufe, daß zum Stapellauf der "Orinoco", der am 7. Februar erfolgte, der Gesandte von Venezuela, Exzellenz Dr. Eduardo J. Dagnino, mit einem Stab von Mitarbeitern und Freunden erschien, und daß die "Orinoco" ihre Taufe durch die Tochter des Gesandten erfuhr.

M. S. "Orinoco", wie auch dessen gleichfalls noch in Bau befindliches Schwesterschiff "Magdalena", wird nach seiner Fertigstellung einen Raumgehalt von 9000 B. R. T. und eine Stundengeschwindigkeit von 15 Seemeilen besitzen. Konstruktion und Ausrüstung des Schiffes gewährleisten ruhige Fahrt und höchste Sicherheit. Auf dem Motorschiff "Orinoco", das am 21. April d. J. seine erste Ausreise von Hamburg nach Westindien antreten wird, finden in der Ersten Klasse 140 Passagiere, in der Mittelklasse 100 und in der Dritten Klasse ebenfalls 100 Passagiere Platz.

Der Knecht die Herrin! Das stand immer vor ihrer Seele. Darüber kam sie nicht hinweg.

Sie schlug die Hände vor das Gesicht und weinte Tränen der Mut und Scham. Und solche Tränen sind wie Blut und tun weh und hinterlassen Spuren.

6.

Gegen Abend kam Naden von Großsteinau herüber. Als er den Hof betrat, jubelte ihm Clausmann entgegen: "Onkel, Onkel, weißt du schon? Sohr hat den Hofmeister verworfen."

"Ja, mein Junge, das weiß ich schon und deshalb komme ich eben. Wo ist denn die Mutter?"

"In ihrem Zimmer," und sich auf die Zehen hebend, sagte er: "Onkel, ich will dir was leise sagen."

Naden beugte sich zu ihm herunter und Claus brachte seine Neuigkeiten an: "Muttli ist nervös. Muttli hat schrecklich geweint und Sohr ist fort."

"Sohr ist fort?"

"Du brauchst aber nicht erschrecken, Onkel, er kommt wieder, er hat mir noch nicht adieu gesagt."

"Der wird sich viel aus dir machen."

Aber da kam Onkel Naden schlecht an.

"Soht ist mein Freund, mußt du wissen," sagte der kleine Mann voller Stolz, "und Freunde liegen sich immer, wo sie hingehen, wenn sie mal fortgehen, damit sie sich besuchen können. Das hat mir Sohr erzählt und der weiß das ganz genau."

Naden lehnte sich auf die unterste Treppenstufe und nahm seinen Nessen auf den Schoß. Er sah ihm in die strahlenden Augen, in denen Liebe und Vertrauen standen.

"Du hast den Sohr wohl recht gern?"

"Schrecklich," lagte Claus und legte beteuert die Hand auf die Brust.

"Lieber wie mich?" fragte Naden.

"Ja," kam die Antwort ohne Besinnen.

"Auch lieber wie Muttli?"

Da wurde Claus verlegen. Er blickte den Onkel mit erstaunten Augen an und der wußte, was er wissen wollte.

Behutsam stellte er den kleinen auf die Erde, strich ihm über das Haar und sagte: "So, mein Junge, nun will ich mal sehen, wie es Muttli achtet," aber Claus hielt ihn zurück.

On seinem kleinen Herzen rumorte es und in seinem Geiste war etwas in Unordnung geraten. Onkel Naden war ein gescheiter Mann, der mußte ihm Antwort geben können. Und er fragte: "Onkel — ist das eine grobe Sünde, wenn ich mich lieber habe wie Muttli?"

Millionär auf Kosten des Reiches.

Zwei neue Kriegsanleihebörsen.

Im Zusammenhang mit der Verhölung des Bankenfonds für Altdeutschland ausgeschrieben zu haben, ist auf Anordnung der Staatsanwaltschaft ein gewisser L. Frank verhaftet worden. Aber Frank ist nicht nur der Anteil von Kriegsanleihebörsen, sondern auch die Weiterleitung an die Kunert nahe stehenden ausländischen Institute, deren sich Kunert bediente in der Annahme, daß die Anmeldungen über eine Auslandsbank weniger auffallen würden, da ja tatsächlich Kriegsanleihebörsen sich in recht beträchtlichem Umfang im Bereich des Auslands befinden.

Die Angelegenheit Kunert ist durch das zuständige Finanzamt ins Rollen gekommen, daß den Verdacht hatte, daß die Einkommensteuererklärungen des Bankiers nicht den Tatsachen entsprachen. Bei der durch besondere Sachverständige eingeleiteten Untersuchung ergaben sich starke Unklarheiten über den Erwerb der Kriegsanleihe, namentlich über den Zeitpunkt der Übernahme dieser Wertes. Die Finanzbeamten schätzten Verdacht und so kam es zur Aufdeckung der Machenschaften.

Keine Tier-, aber Menschenfreundlichkeit.

Die Stierkämpfe bleiben trotz ihrer Rothe die größte Freude des spanischen Volkes. Jetzt hat die Regierung angeordnet, daß bei Stierkämpfen die Werte durch Lederverzierung mit Metalleinlagen geschützt werden sollen. Dieser Schutz reicht zwar nicht aus, um einen Hörnerhöchst abzufangen, genügt aber, um den Zuschauern die Verlebungen der Tiere zu verhüllen, die die blutigen Stellen für das Publikum nicht so schnell sichtbar werden.

Als dieser Tage ein Kaufmann mit seinem Auto nach Poisson fuhr, ging plötzlich ein junger Stier auf den Wagen los und sprang, als der Lenker raste bremsen, in den Wagen hinein. Der Lenker wurde aus dem Wagen herausgeschleudert, blieb aber ohne erhebliche Verletzungen, während der Stier in dem Wagen furchtbare Verwüstungen anrichtete.

Börse und Handel.

Amliche ländliche Notierungen vom 15. Februar 1928

Dresden. Auf Berliner Anregungen hin trat eine wesentliche Befreiung ein. Die Spekulation blieb aber bei den Häufen unter sich, die zweite Hand fehlte. Kunstantalt Mai lag 25 Prozent höher. Einen so guten Abschluß hatte man nicht erwartet. Ferner hatten nennbare Gewinne: Iwidenau Baumwolle 10, Vereinigte Binder 8, Polyphe 5,3, Dresden Albumin 5, Commerzbank, Gerac Strickarn, Tarnhäuser und Nationalbank je 3,5 Prozent. Zahlreiche Werte waren um 1-2 Prozent gestiegen. Schwächer waren auf Zusatzverkaufsbörsen die Dingerhandel um 5, Weihener Wein um 2,75, Helsenfeller um 2,5, Gebe u. Co. um 1,25 Prozent.

Leipzig. Die Börse verkehrte in zuverlässlicher Haltung. Die Spekulation schrumpfte zu Deckungskäufen. Härtere Glanzbau bestätigte sich um 8,25, Polyphe um 5,5, Thüringer Wolle um 4, Nordpool, Zittauer Mechanische Weberei, Chromo Papier und Reichsbankanteile lagen je 3 Prozent höher. Zahlreiche Werte waren um 1-2 Prozent gestiegen. Abstürze blieben demgegenüber belanglos.

Amliche Berliner Notierungen vom 15. Februar.

* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,20; engl. Pfund 19,12—20,46; döll. Gulden 168,62—168,96; Danz. 81,50 bis 81,75; franz. Frank 16,46—16,50; ital. Lira 80,56 bis 80,72; Belg. 58,30—58,42; Italien 22,19—22,23; schwed. Krone 112,43—112,65; dän. 112,17—112,39; norweg. 111,48—111,70; schw. 12,41—12,43; österl. Schilling 58,97—59,09; poln. 50 Groszy (nichtamtlich) 46,98—47,18; Argentinien 1,790—1,794; Spanien 71,23—71,37.

* Produktionsbörse. Das Websgeschäft zeigte wieder vermehrte Zurückhaltung der Konkurrenten bzw. Webhändler, da die Liverpooler Nachmittagskurse ebenso wie die amerikanischen Meldungen eher nachgiebiger lauteten. Die Zurückhaltung im Einfuhr zeigte sich auch bei den Mühlen, die wohl hier und da Interesse für Auslandsweizen zeigten, aber selten reagierten. Der Getreismarkt eröffnete für Weizen auf nahezu unveränderten Sätzen. Das inländische Angebot ist beim Weizen ebenso wie beim Roggen nicht sonderlich groß. Demgegenüber steht aber auch nur eine mäßige Nachfrage, da auch das Roggennährgesäß unter den allgemeinen Geschäftssättigung zu leiden hat. Der Getreismarkt zeigte weiter gute Aufnahmen für brauchbares Braumaterial.

"Rein, Clausmann, das ist überhaupt keine Sünde. Die Liebe ist von Gott. Er schenkt sie denen, die sie mögen."

Da war dem Claus ein Stein vom Herzen. Dankbar streckte er die Arme nach Naden aus und sagte: "Mal drücken, Onkel." Und der lange Naden nahm seinen kleinen Neffen an die Brust. Er preßte seinen Mund auf die kleine Schnute Clausmanns und schaute ihn auf den Armen.

Claus strampelte mit den Beinen und quietschte vor Verantrieben.

"Dein Schnurrbart krabbelt, Onkel! — Du, mag das überhaupt Tante Lemely leiden?"

"Natürlich mag sie das leiden, sonst hätte ich ihn doch nicht. Loh auch einen was machen, dann krabbelt deiner auch."

"Nee, ich will keinen. Sohr hat auch keinen."

"Stimmt ja! Sohr hat keinen, das habe ich ganz vergessen. Und wenn Sohr keinen hat, können tausend Onkels Schnurrbärte haben — Claus macht's wie Sohr."

"Ich soll wohl nicht, Onkel?"

"Doch, doch, mein Junge. Immer halte dich an Sohr, er ist ein guter Kerl. — Aber nun will ich mal schauen, wie es Muttli geht."

"Und wir will Hannjörg fragen, wann Sohr wieder kommt."

"Wenn es Hannjörg weiß."

"Der wird's schon wissen. Der ist nämlich auch kein Fremd," damit ging Clausmann den Ställen zu und Naden trat ins Haus.

Die Schwägerin empfing ihren Schwager in denkbare übelste Laune. Das war heute ein kritischer Tag erster Ordnung gewesen und er war immer noch nicht vorbei. Der Himmel hing noch bleigrau über ihrem Dach und trennte unruhige Gedanken in ihr Gemüte. Das Kopfwehs war